

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Polen Nr. 1205.

Polen Nr. 1205.

Nr. 149.

Freitag, den 30. Juni 1905.

10. Jahrgang.

Bei den Leichen in Lody.

In den Arbeitervierteln trachen noch von Zeit zu Zeit vereinzelte Flintenschüsse, und die Straßen sind voller Lärm, da die erregten Passanten ihren Groll Luft machen.

Unterdessen wird auf den Friedhöfen fleißig gearbeitet. Hunderte von Leichen liegen dort aufgeschichtet, und wo man nur hinsieht, werden Gräber gegraben — riesige Gräber, in welche die Leichen mit samt ihren Kleidern verpackt werden. Da auf den Friedhöfen nicht genug Platz vorhanden ist, läßt die Polizei auch noch Tote nach den umliegenden Dörfern schaffen.

Während der Nacht herrschte in den größeren, von den Unruhen unberührten Straßen Totenstille. Aus den Häusern wagten die Einwohner nicht, ihre Wohnungen zu verlassen. Da geschah das Empörende. Einzelne Personen wagten sich dennoch auf die Straße, die meisten wohl aus nativer Neugier. Und hier und da in den Häusern wurden Fenster aufgestoßen und sahen Menschen heraus. Auf diese Personen wurde sowohl von einzelnen berittenen Kosaken wie von Kosakenpatrouillen geschossen. Ein Teil der Opfer auf den Straßen wurde von Kosaken zudem noch ausgeraubt.

Diele Tage erschien ein in Lody verlegter Genosse, der sich bei einem Dresdener Arzt von seinen Wunden heilen läßt, bei uns in der Redaktion, und teilte uns noch Einzelheiten des furchterlichen Gemetzels mit. Seine Angaben über die Entstehung der Unruhen decken sich mit den von uns am Montag gemachten, im übrigen versichert er von den Berichten der „Volkswacht“, daß kaum den zehnten Teil der Brutalität wiedergeben, da es überhaupt nicht möglich sei, die Bestialitäten der tierischen Soldateska zu schildern. Der Kriegszustand wurde gehandhabt, ohne daß er vermindert war, und jede einzelne Person, die sich auf der Straße oder an einem Fenster sehen ließ, wurde von den oft halbbesessenen Soldaten niedergeschossen.

Der Verletzte war Augenzeuge, wie ein angetrunkenes Kosak zehn Minuten lang, in der Vergnügen, in ein Pariermesser zu stechen, in der Befindlichen glaubt nicht mehr an seine Absicht, zu schließen. Da trachten unmittelbar hintereinander fünf Schüsse und eine Frau in der Wohnung stürzte tot nieder. In einer anderen Wohnung verlangten die Kosaken Geld, als sie jedoch 10 Rubel erhalten hatten, schossen sie die beiden Bewohner trotzdem nieder. Der Polizeihauptmann verteilte auf den Straßen Geld an die Soldaten, je 30—50 Kopfen, wofür dieselben Schnaps hielten.

Zwei Männer, die aus einer Haustür auf die Straße traten, wurden vor den Augen unseres Genossen niedergeschossen und als er sie in ihrem Blute liegend jucken sah, entschloß er sich, aller Gefahr zum Trotz, den Arzt zu suchen. Zweimal gelang es ihm, die anrufenden Kosaken durch Geldspenden zu beruhigen, der dritte fandte ihm eine Kugel nach, die ihn streifte. So mußte er von seiner Absicht absehen und sich selbst in Sicherheit bringen.

Ueber diese Schandtaten des Militärs besteht kein Zweifel. Sie sind dokumentarisch erwiesen. Beamte der Stadtverwaltung zwangen die Polizei, die losatrischen Menschen und Raubmorde protokolllarisch festzuhalten, was seine Schwierigkeiten bereitet, da genug Zeugen vorhanden waren. Eine Beschwerde über den militärischen Raub und gemeinen Mord hat die Stadtverwaltung bereits bei dem Truppenkommandeur eingereicht.

In der Sonntagsnummer der Lodyer Zeitung wird das verbrecherische Verfahren der Kosakenpatrouillen mit folgenden Worten geschildert: „Die Kosaken sitzen zu Pferde, die Flinten schwebend in der Hand. Dabei streift das scharfe Schüßengewehr an den Häusern entlang bis zu den obersten Etagen... Auf dem Balken eines Hauses in der Petrikauerstraße steht eine Familie, ein Kosak schreut hinauf, aber glücklicherweise trifft der Schuß nur die Balustrade...“

Eine Szene aus der Nawrossstraße... Eine junge Dame in stattlicher Kleidung mit weißer Bluse rennt dahin. Das erschrockene Geschöpf ahnt, daß es gefährlich ist, im Augenblick über die Straße zu gehen. Ein Schuß ertönt! Die Angst lähmt ihr die Glieder. Ein Mann faßt sie an, um sie in den schützenden Torweg zu ziehen. Dort wartet das Mädchen in tieferregter Spannung. Auf polnisch bemerkt sie dann: „Ich will sehen, ob sie noch schließen...“ In dem Augenblicke beugt sie sich nach der Straße vor. Wieder knallt es... das Mädchen ist getroffen. Der Sprache beraubt, wankt sie noch ein paar Schritte — dann sinkt sie und stirbt... Man schaffte die Mädchenleiche mit dem friedvollen Gesichtsausdruck auf den Hof des Hauses Nr. 32, wo sie in der Nachtruhe abgeholt wurde... Das Mädchen trug Nährbeizzeug bei sich. Der Mann, der sie in den Torweg zog, rannte, durch das Erlebnis seelisch erschüttert, wie ein Wahnsinniger auf und ab... Derselbe tobdringende Schuß traf einen Strauß, ging ihm durch den Mund und segte ihm schnurstracks die Zähne fort.

Selbstmord beklemmende Stille! Die Petrikauerstraße wie ausgestorben! Kein hirtendes Droschkengeräusch! Kein Straßenbahngeläut! Auch kein Lüftchen regt sich. Ruhevoll lauert der Mann, der im Sommer tag vom Trottoir hallen vorging die Dritte eines Fußgängers herüber. Es ist so still, daß die Luft den Widerhall der Tritte wie ein leises Echo weiterzutragen dünkt, ängstlich eilt der Fußgänger weiter. Das Gefühl der Unsicherheit hat sich ihm mitgeteilt. Scheu blickt er nach den Häuserfassaden, die unheimliche Ruhe schnürt ihm die Kehle, liegt ihm wie ein Alp auf der Brust. Plötzlich ruft er... vor ihm — auf dem Trottoir vor dem Goldschmiedischen Hause liegt ein Mann, langausgestreckt... ein Toter... Die Mühe ist vom Kopf geflogen und das entblöhte Haupt ruht auf dem harten, steinernen Riffen des Trottoirs. Aber ein Schuß hat ihn niedergeknallt und der Mann schläft sanft, himmelsriedlich... Nicht lange dauert es, bis man den Toten holt... Wieder knallt ein Schuß... Er muß in der Nachbarschaft gefallen sein... Diese Schüsse erschallern nicht durch die Stärke

des Knalls, aber sie reihen im Hörer graufige Vorstellungen nach, rauben Frauen und Kindern die Ruhe zum Schlafen und machen die Herzen im Innersten erbeben... Es sei hierzu bemerkt, daß es eine zensurierte Zeitung ist, die alles erzählt. Vom Lintgeruch berauscht, haben die Kosaken, die man den Stolz des russischen Heeres nennt, beim Hinmorden der friedlichen Einwohner auch Kinder nicht verschont. Unter den Leichen auf den Friedhöfen befinden sich auch 8—12jährige erschossene und zerschmetterte Knaben und Mädchen. Vermutlich stammen die unglückseligen Menschenkinder aus jenen Häusern, in welche die offiziellen Mörderbenden einbrangen, um alles, was da lebte, niederzumegeln und — beiläufig gesagt — um sich auch alle Verfassungen anzueneigen.

Ein Berichterstatter der „Berliner S. a. M.“ sah zu, als zwei Kosaken einem jüdischen Mädchen beide Arme glatt von den Schultern abhackten, worauf sie den Kopf vom Rumpfe trennten und die Leiche wegwarfen. Wir haben viele Wagen mit leblosen Leichen in den Straßen unterwegs nach den Friedhöfen gesehen.

Als ein Personenzug der Lodyer Bahn der letzten Station vor Lody, Wladywa, sich näherte, befahl der betrunkene Offizier einer Kosakenpatrouille, in den Zug zu schießen. Unter den Fahrenden entstand eine schreckliche Panik. Nach mehreren Salven warfen sich alle Insassen des Zuges auf den Boden des Wagens. Nur eine Frau wurde schwer verletzt, während die übrigen Passagiere glücklicherweise mit dem Schreck davonsamen.

Der Schaden, den die Staatsmonopolitäten während der letzten Kämpfe erlitten, wird auf 80,000 Rubel geschätzt. Die Lodyer Stadtfirewehr lehnst es ab, die Leichen ohne Begräbnis aus der Stadt abzuholen.

Der oben erwähnte Genosse, welcher in unserer Redaktion erschien, kam übrigens auch auf ein schmutziges Nachspiel zu den Lodyer Vorgängen zu sprechen, das wir am liebsten aus Elz gar nicht erwähnt hätten. Es ist ein Artikel in der „Schlesischen Zeitung“, in dem der russischen Regierung der Dank ausgesprochen wurde, daß sie den Aufstand energisch niedergeschlagen hatte. Ich hab nicht finden können, daß es in einem russischen Blatt zu finden sei, verfierte er in tiefem Schmerz, und wir, die wir als Deutsche diese Schmach mittragen müssen, konnten ihm nichts anderes versichern, als daß die elende Kreatur, die sich erbärmliche Genugung an den Tag legt, eben Fleisch vom Fleische der russischen Gewalthaber sei.

Auflehnung gegen die Mobilisation.

Die Mobilisation im Petersburger Militärbezirk sieht unmittelbar bevor. Zur Aushebung kommen 80,000 Reservisten der Jahrgänge 1891 bis 1893.

Als erster Tag für die Truppenmobilisation ist den Bahnen Mittwoch, der 28. d. M., avisiert worden. Als Antwort des Volkes auf die Mobilisation soll für Sonnabend der Generalfreitag in ganz Rußland proklamiert werden.

Pastor Klinghammer.

Nomen von Wilhelm Hegeler.

(Nachdruck verboten.)

Sie hörte Durcheinanderschreien, einen Fall in knackerndes Gebälk, einen widerwärtigen Ton wie das Kratzen eines Nagels über Seide. Allmählich wurde ihr Bewußtsein klarer, es quälte sie nur, daß sie die Augen nicht aufmachen konnte. Aber einen neuen furchtbaren Schreck bekam sie, als jemand sie unter den Nacken faßte, dann erst daß eine, darauf das andere Bein ergriff und sie so hochschob. Sie wehrte sich, krümmte den Nacken, brachte auch abgerissene Worte heraus, aber der Mann fing an zu fluchen, hielt sie nur noch fester und ließ mit ihr davon. Erst als sie merkte, wie etwas Heißes, was ein unerträglich kitzelndes Gefühl verursachte, ihr auf Stirn und Wangen tropfte, vermochte sie die Augen zu öffnen. Und da erkannte sie den Leutnant Klinghammer. Blut rann in breiten Strömen über sein Gesicht, hing in den Augenbrauen und fiel in dicken Tropfen von seinem struppigen Schnurbart. Sein Atemholen war ein fast ununterbrochenes, röchelndes Stöhnen. Sie wollte sich losmachen in diesem Gefühl von Widerwillen und Furcht. Aber sie verlor von neuem das Bewußtsein und kam erst wieder zu sich, als man ihr in einem fremden Zimmer das Gesicht mit Essig wusch.

Diese beiden Eindrücke hatten sich ihr eingepreßt, und davon wurde sie während der nächsten Tage und Nächte unaufhörlich gequält: das unartige Anhalten zugleich mit dem Anblick der beiden schmerzigen Hände und das Anstarren des blutbestäubten Gesichts ihres Vaters. Die Angst vor diesen qualvollen Vorstellungen ließ sie kaum begreifen, aus welcher Gefahr sie befreit war, und das Gefühl der Dankbarkeit nicht in ihr aufkommen.

Und jetzt, nachdem sie von ihrem Hof gegen den Leutnant einmal gesprochen hatte, stand er gleichsam mit plastischer Lebendigkeit vor ihr.

Während sie nachmittags auf ihrem Zimmer lag, waren alle Schreden ihrer kaum beruhigten Einbildung wieder erwacht. Immer wieder spielten die blutigen Vorgänge sich in ihr ab. Und immer wieder sagte sie sich, daß es derselbe Mensch sei, der sie damals so brutal an sich gerissen und gefaßt hatte und der jetzt ihrerwegen im Fieber lag. Derselbe Mensch: dem sie ihr Leben verdankte, und den sie doch hassen mußte. Aber nachdem sie ihr Herz mit Bitterkeit förmlich überladen hatte, kam ihr dies Gefühl auf einmal unwillkürlich vor. Ein Grauer befiel sie über ihre Unversöhnlichkeit. Und sie redete sich schließlich ein, daß sie selbst an seinem Tode schuld sein würde. Sie beachtete nur zu wollen, nur in Güte an ihn zu denken, dann würde er gesund werden. Da fing sie in ihrer Verwirrung an, ihr sein Leben zu beten. Aber mitten im

Gebet hörte sie auf und dachte: „ich hab ihn trotzdem und werde nie aufhören ihn zu hassen.“

Einige Tage später hörte Marianne durch ihren Vater, daß es dem Leutnant schlechter ginge. Von Gewissensbissen getrieben, suchte sie deshalb Frau Superintendent auf, die, selbst kaum von ihrer Krankheit genesen, am Bett ihres Sohnes weilt.

Gehen Sie nur rein,“ sagte Frau Jellien. Ich weiß, daß die Frau Pfarr' drin ist.“

Da das Zimmer leer war, nahm Marianne Platz und wartete. Von nebenan hörte sie ein undeutliches Geräusch. Gleich darauf öffnete Frau Klinghammer behutsam die Tür und trat mit einem schweren Scherensimer in der Hand ein. Als sie das junge Mädchen gewahrt wurde, fuhr sie zusammen.

Hörst du, daß ich e Schreden gekriegt! Aber das ist sehr liebendwirdig, daß Sie sich auch einmal herbemühen und sich nach meinem Sohne erkundigen.“

„Das ist doch nur in der Ordnung,“ sagte Marianne verlegen.

„Sie müssen schon entschuldigen, wenn ich Ihnen nicht die Hand gebe. Ercht muß ich mich einmal abwischen.“

Sie holte aus dem Nebenzimmer ein ranhes Handtuch und trocknete sich die nassen Hände ab. Beim ersten Anblick hatte Marianne den Eindruck: sieht die Frau zum Väterchen aus! Ihr schmächtiges Gestalt steckte in einem braunen Ledertisch, das überall Falten warf. Man hätte förmlich, wie der ranche, breitharte Stoff die Haut wund scheuern mußte. Ihre Armeel waren aufgetrennelt, aus ihren dünnen Ärmeln traten die Sehnen hervor. Ihre Hände mit den zusammengedrückten, im Laufe der langen Jahre abgeschwemmten Fingerringen waren rot und angeschwollen von dem kalten Wasser. Ein Kopfenbe hatte sich vom ihrem Hinterkopf gelöst und stand fest, als ein Zeichen höchster Aufregung und Verwirrung. Sie sah so dürr aus, die Frau, so körperlos — Marianne dachte unwillkürlich an eine leere Schmetterslingspuppe. Es war, als hätten die beiden Söhne, dieser langausgeschossene und der riesenstarke, all ihre Kraft aufgesogen. Und trotz alledem, trotz dieser Ausgemergeltheit, trotz der geschmacklosen Kleidung, bei der alles anscheinend unmaßiglich war bis auf das plumpe Guseisen von Silber, das als Brosche in dem gelblichen Einfaß steckte, lag eine gewisse adelige Herrlichkeit und Bornehmtheit über dieser Frau, die als die Tochter eines kaiserlichen Rittergutsbesitzers in glänzenden Verhältnissen aufgewachsen, später ein schweres, enttäuschvolles Leben geführt hatte.

In einer gewissen heftigen Wut bearbeitete sie jetzt ihre Hände mit dem ranhen Handtuch und redete dabei in einem fort.

Sie war entschuldigen, Fräulein Kraft, wenn ich e bischen überdies aussehe. Ich habe nur den Fußboden aufgemaschen. Der Staub lag, ja fingerbild in den Ecken. Und wissen Sie, was ich unterm Bett gefunden habe? E Strumpfband! Wie kommt nur

bloß e Strumpfband unter Bett von meinem Sohne? Das muß doch die Frau Jellien verloren haben. Die Frau scheint mir überhaupt e bischen überdies. Ich hab sie um einen kleineren Eimer gebeten. Aber die Frau hat bloß den großen. Nu muß ich den schweren Eimer hantelschleppen.“

„Ja, kann denn das Mädchen nicht das Zimmer reinmachen?“

„Meinen Sie, die ließ ich rein zu meinem Sohn ins Zimmer? So e Dienstmädchen, das überall Nubau macht? Er soll wohl aufmachen? Ach nee, das kann man nur selbst besorgen. Freilich, wenn Doktor Niemann mich sähe, würde er schöne schimpfen. Er hat mir Kreuzsteine Schenung anbefohlen. Aber eh der wieder kommt, ist längst alles parat. Und e Mann sieht ja gar nicht, ob e Zimmer sauber aufgemachen ist oder nicht.“

Dabei lachte sie triumphierend und fast ein bischen schadenfroh. Als sie den Eimer ergriff, wollte Maschanne mit anfassen, aber sie wehrte ab.

„Sie wer'n doch nicht! Da wären ja die teuren Handschuhe gleich zu Schanden.“

Nach einer Weile kam sie zurück und blickte behutsam ins Nebenzimmer.

„Er schläft jetzt, wie's scheint. Da kann ich ja e Weilchen mit Ihnen plaudern. Mei Daniel ist zu Haus. Er muß seine Predigt machen. Nu sagen Sie mal, Sie sind also ganz heil davon gekommen? Wenigstens ansicht tut mer Ihnen nicht! Da können Sie wirklich Gott danken.“

„Vor allem aber auch Ihrem Sohn, Frau Superintendent.“

„Nu, dem ja auch. Aber der liebe Gott hat ihn doch begeschickt. Da läßt sich doch ganz deutlich seine Vorlesung wahrnehmen, daß er gerade zu der Zeit meinen Sohn in den Wald meingeschickt hat. Denn e anderer hätte sich wohl hübsch können gemacht. Et ja, Mat hat er, mei Fris. Das kann ihm sein ärgster Feind nicht absprechen.“

„Wann er nur recht bald wieder besser wäre!“

„Dad?! Ach da barmherziger Himmel, wenn er nur überhaupt wieder gesund wird! — Ich will ja gern, halbes Jahr sitzen und ihn pflegen, wenn ich nur weiß, daß er sich wieder erholt. 's ist ja mei größtes Glück, daß ich an sei'm Bette sitzen kann. Ich läß ja am liebsten die ganze Nacht hier. Aber der Doktor hat mir's verboten. Ich soll zu Haus in mei'm Bette liegen und schlafen. Als ob man da schlafen könnte! Die ganze Nacht hab' ich was gelegen und die Turmwahr schlagen hören. Jede Viertelstunde hab' ich abgeseht und dabei kein Auge zugetan. Nur erchi recht nicht.“

Auf dem Tisch stand ein Glas Milch und ein großes mit Rauchfleisch belegtes Brot. Das zerschitt Frau Klinghammer freud und quere und schob die viereckigen Würfel in den Mund

(Fortsetzung folgt.)

Wende Wischeleien in Warschau.

Die Schwenkungen von Lohs scheinen sich in Warschau wiederholen zu sollen. Die Stimmung ist auf das Äußerste gespannt. Die Revolutionäre vertreiben in riesigen Massen Demonstrationen an das Goll. Die Bürger verlassen eilig die Stadt. Dienstag Abend gegen 6 Uhr versammelten sich die jüdische Bund und die polnische Sozialdemokratie eine große Demonstration; rote Fahnen tragend und aufwieglerische Reden sagend, bewegte sich die Menge durch die Stadt. Die Polizei wich ihr aus, rief aber telephonisch Besatzung und Landwehrbatterien herbei. Diese gingen mit blanken Säbeln vor. Als eine Bombe einen Gendarmen in Stücke riss, zwei Kameraden leicht und mehrere schwer verwundet, gab der gleichfalls verwundete führende Offizier der Gendarmen den Befehl zum Schießen. 50 Personen wurden verwundet, 20 Demonstranten verhaftet. In den Gassen rückten sich die feindlichen Arbeiter zusammen und zwangen ihre Kollegen ausstehen zur Arbeitseinstellung. Bei einem Zusammenstoß auf der Alexanderstraße zwischen Streikenden und Nichtstreikenden wurden zwei Arbeiter getötet, vier schwer verwundet. Ein Polizeigewalt, der die Volkswaffe andern treiben wollte, wurde durch tödliche Ermordung. Auch außerdem wurden im Laufe des Tages auf viele Polizeibeamte Attentate verübt.

Insstand in Sosnowitz.

Paul Telegrafur der „Presse Morgenszeitung“ sind auf allen Werken des Sosnowitzer Industriebetriebs heute die Arbeiter sämtlicher Werke und Gruben in den Generalstreik eingetreten. Auf den Werken wurden rote Fahnen gehißt. Große demonstrative Kundgebungen sind in Vorbereitung. Die Beamten und Meister sind sämtlich über die österreichische oder deutsche Grenze geflohen. Das Militär ist mobil gemacht.

Generalstreik im Dombrowa-Bezirk.

Am Mittwoch wurde in sämtlichen Gruben und Fabriken des Dombrowaer Bezirks die Arbeit eingestellt. Vor der Markthalle tötete ein Unbekannter einen Polizeiwachmeister durch einen Revolveranschlag.

In Lohs sind 15.000 Mann ausständig. Gestern verließen wieder 2000 Israeliten die Stadt.

Kosaken gegen Infanterie.

In den Wäldern bei Robtow haben die für die Mandchurei ausgeschickten Kosaken verschiedene Regimenter revolutioniert. Ein Detachement Kosaken wurde abgesandt, um die Revolte niederzuschlagen. Dabei gaben die Kosaken verschiedene Salven ab, wodurch mehrere Soldaten getötet wurden.

Bauern-Unruhen.

Die „Hamburger Nachrichten“ lassen sich aus Warschau berichten, daß gelegentlich der Lohs Unruhen in voriger Woche auch das in der Nähe von Lohs liegende Gut des Großfürsten Kyvill von Demonstranten zerstört und geplündert worden sei. Ein Regiment Soldaten wurde an den Tatort geschickt, kam jedoch zu spät, um die gänzliche Demolierung zu verhindern.

Mißglücktes Attentat.

Aus Geneshaan, 26. Juni, schreibt man der „Schl. R.“: In vor mehreren Tagen in vielen in- und ausländischen Zeitungen gelesene Nachricht von einem Bombenattentat auf den hiesigen Polizeimeister hat sich als böse Verleumdung erwiesen. Am gestrigen Sonntag um 10 1/2 Uhr Abends wurde am Ende der zweiten Allee ein Polizeimeister von einem Unbekannten mit einer Handgranate erschossen. Der Polizeimeister wurde aus dem Wagen geschleudert, welcher stark beschädigt wurde. Außer leichten Verwundungen blieben jedoch beide unverletzt. Von den Passanten sollen 13 Personen zum größten Teil leichte Verletzungen davongetragen haben. Der ober die Täter mischten sich unter das sehr zahlreich auf der Straße promenierende Publikum und konnten nicht ermittelt werden. Mehrere verdächtige Arbeiter, auf die sich der Verdacht gelenkt hatte, sind wieder freigelassen worden.

Wenterei auf einem Schiffe.

Als auf dem Dampfschiffe „Polonia“ ein Raute sich beim Kommandanten über schlechte Nahrung beklagte, zog der Kommandant den Säbel und geschmetterte dem Raute den Kopf. Darauf wurde die ganze Besatzung angehalten. Der Kapitän und viele Matrosen wurden getötet. Der „Polonia“ schwimmt jetzt auf dem Roten Meer. Die meiste Besatzung droht mit der Bombardierung Delfias, wenn ihr nicht Strafbatalion nach der Landung zugelassen wird.

Russland und Japan.

Die Friedensausichten im fernem Osten scheinen sich nach der Auffassung Londoner Blätter täglich zu verringern. Wie verschiedene Zeitungen aus Washington erfahren, hat die japanische Regierung dem Präsidenten Roosevelt mitgeteilt, daß sie nicht im geringsten die Absicht hat, die Friedensverhandlungen in die Länge ziehen zu lassen. Russland muß sich rasch zum Friedensschluß unter den japanischen Bedingungen entschließen oder sich darauf gefaßt machen, den Krieg fortsetzen zu müssen, so lange es Japan paßt. Die japanische Regierung ist der Meinung, daß zwei Wochen genügen würden, um eine Verständigung zwischen den Bevollmächtigten der beiden kriegführenden Länder herbeizuführen. Präsident Roosevelt hat die Ansicht der japanischen Regierung nach Petersburg übermittelt.

Auf dem Kriegsschauplatz.

Aus Lohs wird amtlich berichtet. Der Feind griff in einer Stärke von fünf Kompanien mit sechs Kanonen am 26. Juni die Umgehung von Changchuan, westl. Meilen nordwestlich von Changchuan, an, wurde aber zurückgeschlagen. Unsere Kavallerie besiegte am 26. Juni die Besatzung, zehn Meilen nördlich von Changchuan, im Norden von Lohs.

Politische Uebersicht.

Die gnädigen Herren schenken dem Bergmann die unverdiente Gabe. Aus Berlin wird uns geschrieben: Das Herrenhaus hat die Berggesetz-Novelle in der Kompromißfassung des Abgeordnetenhauses angenommen. Das Hand von vornherein sei. Der ursprüngliche Regierungsentwurf bedeutete schon einen gewaltigen Abbruch von den Minimalforderungen der Gesamtheit der Bergarbeiter; für weitere Verschlechterungen sorgte der Kupferhandel des Zentrums. Es blieb für weitere Verschlechterungen der „Herren“ wenig Platz. Das ganze Gesetz unter den Tisch zu werfen, dazu konnte das Herrenhaus sich

nicht aufschwingen; warum dem neugegründeten Reichskammerherrn den Agrarern so goldene Früchte in den Schoß wirft, diesen Schmezz bereiten? Dem Bergkapital tut dies Gesetz nicht weh; außerdem wurde ihnen noch die Freude zu teil, daß die Regierung durch den Mund des Handelsministers Müller das Schenkengesetz zurückzog.

Die Debatte zeigte wieder das Scharfmachertum im Glanz seiner ganzen nackten Schönheit. Auch die Mehrzahl der Redner, die für das Gesetz sprachen, als da waren der Staatsminister Dopsch, der Fürst Jaffel, der sich bisweilen als „liberal“ feiern läßt, Graf Mirbach usw., verschönten ihre willkürliche Zustimmung zu dem Gesetz mit wilden Angriffen auf die Arbeiterschaft — die christlichen Gewerkschaften eingeschlossen — auf das allgemeine Wahlrecht, auf die „Schläffe“ Regierung usw. Ein Häuflein Hochkonservativer unter Führung des ewigen Ministerkandidaten von Mantuffel blieb unerbittlich und lehnte die Vorlage ab; ihnen gefellte sich der „liberals“ Bürgermeister von Dornum, Schmieding, zu. Der Fürst-Reichskammerherr redete nochmals den Herren gut zu, indem er ihnen mit der Saada eines Märchenerzählers Wunderdinge von ihrer politischen Bedeutung berichtete. Der Oberbürgermeister von Köln, Becker, die Professoren Essing, Halle, Reinkens, Mel und Schmalzer-Berlin erschienen in dieser Gesellschaft beinahe als freie Geister und erwiesene Staatsmänner. Daß nebenbei der berühmte Wahlrechtsfeind Graf Mirbach unter Bezugnahme auf Neuzugänge Bismarcks gegen die Fortsetzung der sozialpolitischen Gesetzgebung hegte, sei noch besonders unterstrichen; ebenso die famose Neuzugang des Grafen Kean: Das gleiche Wahlrecht muß heraus aus der Vorlage! Hinterdrein offenbarte das Herrenhaus noch sein ganzes Herz durch Annahme einer Resolution, welche Bestrafung des Kontraktbruchs und Beschützung der Arbeitswilligen — diese Resolutive kennen wir — fordert. Für den letzten Teil der Resolution stimmte auch — Graf Ballestrem. Merkt es Euch katholische Arbeiter.

Die Vorlage betr. die zeitweilige Wutensperre wurde unter Ablehnung einer von der Kommission vorgeschlagenen Milderung in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen.

Se — Fürst Bülow hat es erachtet. Sein Bergarbeitergesetz hat alle parlamentarischen Klippen umschifft. Nur, daß die Bergarbeiter wenig davon haben . . .

Die aufgeregten Spieler. Bei dem Mordprozeß gegen den Schuhmachermeister Oskar von Bussle, der am Montag vor dem Berliner Schwurgericht verhandelt wurde, hat der Staatsanwalt erklärt, der Minister des königlichen Hauses habe ihm den Wunsch zu erkennen gegeben, daß der Angeklagte während der Verhandlung nicht von Bussle, sondern einfach Bussle genannt werde; die Ermittlungen des Reichsanwaltes seien noch nicht abgeschlossen, man wisse also nicht, ob der Angeklagte berechtigt sei, den Adelstitel zu führen. . . Dazu schreibt die „Staatsbürgerzeitung“ in ihrer Entschlossenheit:

Was man so etwas erlebt? Statt logischerweise so lange anzunehmen, der Angeklagte heißt v. Bussle, wie er sich unangehörig bisher genannt hat, und abzuwarten, ob die Untersuchung diese Annahme als falsch erweist, verlangt man die Abkennung des Adels, — bis sich vielleicht der Adel doch als richtig herausstellt. (Das ist inzwischen eingetroffen.) Zu Gunsten der Integrität eines bevorzugten Standes muß Bussle ins Bürgertum „hinunter“, ob er nun will oder nicht. Da er jetzt so alles andere eher denkt als an seinen Adel, erklärt er sich natürlich damit einverstanden. Das ist ja sein gutes Recht. Wir aber wehren uns und protestieren entschieden dagegen, daß man dem Bürgerstande die adligen Schürzen anhält, daß man methodisch adlige Verbrecher ihres Privilegiums entkleidet. Was für die Herren zu schlecht geworden ist, soll für uns gerade gut genug sein, — das ist eine Popul, die nicht mehr in den Kopf will, die im Mittelalter vielleicht möglich war, heute aber ganz und gar nicht mehr am Platze ist. Hat ein Bürgerlicher etwas Großes geleistet, so „erhebt“ man ihn in den Adelsstand, hat sich ein Adliger schändlich benommen, so stößt man ihn in den Bürgerstand. — Ist es schon eine Tollheit, hat es doch Methode. Ganz von selbst kommt man auf diesem Wege zu der Forderung, die abwärts erscheinen mag, es aber doch nicht ist: zu verlangen, daß ungeachtet nun auch der bürgerliche Verbrecher geädelt werde. Soll Herr „v. Bussle“ ein gewöhnlicher Bussle werden, ist es nicht mehr als billig, daß der Fußhalter Bürger zum Ausgleich Herr „v. Beger“ wird. Oder will man trotz der Verfassung den Adel als Sonderklasse betrachten, die über dem Bürgerstande steht? Ausgesprochen wird das nicht; aber es wird danach gehandelt. Dann soll man wenigstens zunächst den Geburtsadel abschaffen und nur den Verdienstadel gelten lassen. So lange jemand in der Wiege den Adel empfängt, ohne Barm, ohne Erlaubnis, — so lange wird die fortgeschrittene Menschheit gegen die bevorzugte Behandlung des Adels logischerweise sehr viel einzuwenden haben.

Wir verstehen die Entzückung ganz und gar nicht. Solange das solche Bürger zum jedem Adligen wie zu einem Halbgoth aufbläst und ihm die Stiefeln abledt, so lange es selbst nach diesem dummen Wörtchen „von“ freibt, hat es gar keine Ursache, sich über solche Konsequenzen mittelalterlicher Standeseinteilungen aufzuregen. Schafft doch den Adel ab und bestrafe jeden, der so ein „von“ vor seinem Namen schreibt, mit ein paar Wochen Gefängnis wegen Führung eines falschen Namens, dann kann keiner mehr ins Bürgertum „hinabstiegen“ werden. Solange aber das Bürgertum sich zu dieser energischen Maßregel nicht aufrafft, geschieht ihm die Behandlung ganz recht.

Ein Fortschritt. Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter hatte bisher im § 4 seiner Satzungen folgende Bestimmung:

Trotz den Eintritt in den Gewerbeverein bekannt sich jeder als Gegner der sozialdemokratischen Grundzüge und Bestrebungen. Er verpflichtet sich, getreu nach dem im Statut des Gewerbevereins niedergelegten Grundzügen zu handeln.

Auf der Generalversammlung in Oberhausen (Rheinland), Anfang der Vorstands folgende Fassung vor:

Der Gewerbeverein achtet in seiner Praxis die religiöse Ueberzeugung seiner Mitglieder, schließt aber die Einführung dieser Fassung aus. Er erachtet die Fortführung einer getrennten Sozialreform zu Gunsten der Arbeiter. Zu übrigen überläßt er jedem Mitglied Bewegungsfreiheit im politischen Leben und lehnt die Erörterung von Fragen der allgemeinen Politik, insbesondere parteipolitischen Streitfragen ab.

Der Antrag gelangte nach kurzer Debatte einstimmig zur Annahme.

Wir beobachten hier also denselben Vorgang, der bei den Fürst-Dürcker'schen Gewerbetreibern eintrat, als sie ihren Revers abschafften. — Und sie bewegt sich doch!

Die Arbeiterfreunde im Herrenhause beabsichtigten mit dem Berggesetzstummel zugleich eine Arbeiterknebelungs-Resolution zur Annahme zu bringen. Herr v. Burgsdorff hat seinen in der Kommission bereits geäußerten diesbezüglichen Entschluß ausgeführt und für die Plenarberatung des Herrenhauses folgende Resolution eingebracht:

die königliche Staatsregierung zu ersuchen, so bald als möglich und mit allem Nachdrucke Maßregeln zu ergreifen, welche geeignet sind,

- 1. die rechtswidrige Aufhebung des Arbeitsvertrages, insbesondere da, wo ein öffentliches Interesse obwaltet, unter Strafe zu stellen;
- 2. der Aufforderung durch Wort oder Schrift zu rechtswidriger Aufhebung des Arbeitsvertrages entgegenzutreten;
- 3. den Arbeitswilligen denjenigen Schutz anzuweisen zu lassen, auf welchen sie einen berechtigten Anspruch haben.

Also Zuchthausvorlage und Bestrafung des Kontraktbruchs auf einmal! Damit das Proletariat sehe, welche Elemente diese Knebelung der Arbeiterklasse als Entgelt für ein Schwundgesetz fordern, seien die Namen dieser edelsten Zuchthauspolitiker nachstehend wiedergegeben:

- Dr. v. Burgsdorff.
- Graf v. Alvensleben-Schönborn.
- v. Arnim-Neuenhuf.
- Graf v. Arnim-Boitzenburg.
- Freiherr v. Bodenhausen-DeGENER.
- v. Bode.
- Graf v. Berke.
- v. Breßow-Senzle.
- v. Breitenbach.
- Graf v. Brühl.
- v. Buch-Karnow.
- v. Buch-Stolpe.
- Graf von dem Busch-Jyvenburg.
- v. Dieck.
- Burggraf und Graf zu Dohna-Rothemann.
- Burggraf und Graf zu Dohna-Land.
- Fürst zu Dohna-Schloditten.
- Freiherr v. Durant.
- v. Eberst-Platen.
- Graf zu Gahlenburg-Prassen.
- Graf Fried von Hindenstein-Schönberg.
- Graf v. Hirschberg-Gebrünnen.
- v. Gerlach.
- Graf Grote.
- v. Gullebt.
- Graf v. Gungwis.
- Freiherr v. Herberg.
- Graf v. Gillebrandt.
- Graf v. Hochberg.
- Graf v. Hohenthal-Dillkau.
- v. Jerin-Gesess.
- Graf v. Keyserling.
- v. Kleist-Regow.
- v. Kries.
- Freiherr v. Landsberg-Stirnfurt.
- Freiherr v. Mantuffel.
- v. Oppenfeld.
- Graf von der Osten.
- v. Platen.
- Graf von Plattenberg-Penhäusen.
- v. Plog.
- Graf Prasthma.
- Dr. v. Quischnp.
- Heinrich XXVIII.
- Prinz Reuß v. Merin.
- Graf v. Raon.
- Fürst zu Salm-Dorffmar.
- v. Sanden.
- Freiherr v. Schlichting.
- Graf v. Schlieben.
- Graf v. Schmettow.
- Graf von der Schulenburg-Grünthal.
- Graf von der Schulenburg-Wolfsburg.
- Graf v. Schwerin.
- Graf v. Seher-Thos-Weigelsdorf.
- Graf v. Seibitz-Sandrecht.
- Freiherr v. Soden.
- v. Sperber.
- Fürst zu Stolberg-Bernigerode.
- Freiherr v. Tettau.
- Graf v. Tiele-Windler.
- Graf v. Wartensleben.
- v. Wedel-Riedorf.
- Graf v. Welck.
- Graf v. Westphalen.
- v. Wischbach-Rositz.
- v. Winterfeld-Neundorf.
- Dr. Graf Jord v. Wartenburg.

Mit dieser herrenhändlerischen Resolution zum Berggesetz, die fast allgemeine Zustimmung im Hause der Edelsten und Geborenen finden wird, dürften die Opponenten gegen den Fürsten Bülow sich zufrieden geben und der unveränderten Annahme des Gesetzes in der Fassung des Abgeordnetenhauses keine ernstlichen Schwierigkeiten mehr bereiten.

Zur Marokko-Frage. Die deutsche Antwort auf die Note Rouviers bezüglich Marokkos ist, wie von verschiedenen Seiten betont wird, in durchaus freundschaftlichem Ton gehalten. Deutschland anerkennt darin die aus Frankreichs Grenzschärferschaft mit Marokko entspringenden berechtigten Rechte und Willkür. Außerdem hat die französische Note die Forderung zu enthalten, die Konvention zu beschließen. So scheint denn die Dinge einen normalen und durchaus unblutigen Verlauf nehmen zu wollen, wie er der Bedeutung der Sache auch entspricht. Bismarck hat zwar einmal gemahnt, bei internationalen Streitfragen in nicht die Inponderabilitäten zu vergessen. Auch in der Marokko-Frage könnte sich noch eine gefährliche Klippe zeigen, wenn erst die Konventionen sich in die Haare geraten. Ist doch mit der Beschließung der Konvention noch lange nicht die Lösung des Problems gegeben. Vielmehr hat man den Eindruck, als ob noch eine lange Reibspanne nötig wäre, um eine endgültige und allseitig anerkannte Regelung der Frage zu erzielen. Gleichwohl kann man sagen, daß die Angelegenheit über das erste große Hindernis hinweg und zu bestimmteren Erwartungen kein Anlaß gegeben ist.

Graf Hornbrech zog die eingeleitete Revision gegen die Entscheidung des Kölner Oberlandesgerichts im Hoensbroech-Dasbach-Prozeß zurück. Herr Dasbach darf also seine 2000 Mark, die er für den Nachweis des Satzes „Der Zweck heiligt die Mittel“ ausgesetzt hat, behalten.

Zwei Jahre Gefängnis wegen vorfälliger Tötung eines Kameraden! Das Obertribunalgericht in Koblenz verurteilte den Deserteur Knauw vom Infanterieregiment Nr. 29 in Trier wegen vorfälliger Körperverletzung zu zwei Jahren Gefängnis. Der Gefreite hatte den Musketier Ball nach einem kurzen Wortwechsel mit seinem Seitengewehr erschossen.

Die Verfassungsreform in Württemberg. In der Kammer der württembergischen Abgeordneten über die Verfassungsreform verwarnte sich Minister von Breilking namens der Regierung gegen den Vorwurf, daß die Regierung sich in der Verfassungsfrage nach links entwickelte. Die Regierung suche konsequenter Entschluß für die amtscheidenden Privilegierten in lebenskräftigen Gestaltung der ersten Kammer. Der Ministerpräsident erklärte nochmals, daß die Regierung an dem Punkte in der Verfassung unbedingte festhalte, dafür aber die Umgestaltung der zweiten Kammer in eine reine Volkskammer auf das Vorkaufsrecht durchzuführen werde. Dann werde für Württemberg das freikamerale Wahlrecht in ganz Deutschland bestehen.

Insland.

Die Lösung der schwedisch-norwegischen Union. In der schwedischen ersten Kammer wurde ein Antrag Unger eingebracht, der Reichstag solle sich bereit erklären, nachdem das Storting den Beschluß vom 7. Juni außer Kraft gesetzt und der König ein neues Ministerium in Norwegen gebildet haben werde, auf Verhandlungen einzugehen und, wenn diese Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis geführt hätten oder eventuelle Streitigkeiten durch ein internationales Schiedsgericht entschieden seien, die Reichskasse aufzuheben und so in die Auflösung der Union einzuwilligen und Norwegen als souveränen Staat anzuerkennen.

Die ungarische Krise im niederösterreichischen Abgeordnetenhaus. Das Haus erledigte die Lösung des Handelsvertrages mit Deutschland. Der Vertrag wurde dem Reichstag überwiesen. — Im Verlaufe der Debatte betont Abg. Ellenbogen unter Hinweis auf die Vorkänge in Ungarn, daß nunmehr über die Unmöglichkeit, die Gemeinamkeit mit Ungarn aufrecht zu erhalten, kein Zweifel besteht. Man müsse verlangen, daß Klipp und klar erläutert werde, was geschehen solle für den Fall, daß bei Ablauf der Termine für die Handelsverträge die Verbindung in Ungarn nicht wiederhergestellt wäre. Die Sozialdemokraten seien wohl für die politische Trennung, nicht aber für die wirtschaftliche.

Aus dem König wird über die Insel gemeldet: Der belgische Unterleutnant Welfat und ein Agent der Abwehr-Gesellschaft, die auf Veranlassung der internationalen Untersuchungskommission in Ost genommen worden waren, wurden wegen Mißhandlung

von Eingeborenen zu 10 Jahren Strafarbeit, ein
anderes zu sechs Monaten verurteilt. Der Bericht der Unter-
suchungskommission wird dem König vorgelegt und später
veröffentlicht werden.

Die fremden sozialistischen Deputierten Roussier und Bigne
werden am 7. Juli über die in Frankreich-Rouge von
einigen Kolonialbeamten verübten Exzesse in der
Kolonialpolitik in Madagaskar interpellieren. Der hier
eingetragene Generalgouverneur von Madagaskar, General
Sallenne, wird dem Kolonialminister bei dieser Debatte zur
Seite stehen.

Kommunal-Sozialismus. Der Londoner Sozialist
hat einen neuen Schritt auf dem Wege zum kommunalen Sozialis-
mus getan. 30 Personendampfer wurden vor einigen Tagen dem
Verkehr auf der Themse zwischen Westminster und Greenwich über-
geben. Kaufleute von Arbeitern in damit ein billiges Verkehrs-
mittel geschaffen worden.

Partei-Angelegenheiten.

Das Referat über den politischen Massenstreik wird auf
dem Parteitag in Jena am 2. August in Berlin gehalten.

Parteilagen in Kirchenämtern. In Gedra bei So-
dingen gebürtigen Parteigenossen dem Kirchenvorstande er-
ließte diesem Anlaß waren Parteigenossen unter den Genossen
entstanden und deshalb beschäftigte sich der sozialdemokratische Verein
mit der Frage. Genosse May hielt einen Vortrag über unsere
Stellung zur Kirche und nach lebhafter Diskussion kam folgender
Beschluss zu Stande:

Die heutige Verfassung des Volksvereins ist der Auffassung,
dass es in der Kirche nicht möglich ist und zur Verwirklichung der Genossen
über unsere Stellung zur Kirche führt, wenn Parteigenossen in der
Kirche Vorstandsstellen bekleiden und überhaupt der Kirche an-
gehören. Die Genossen sollten wenigstens alle ihnen angebotenen
Ehrenämter für die Kirche von vornherein ablehnen.

So unumstößlich richtig scheint uns diese Grundsätze gerade
nicht zu sein und ob sie mit unserem Parteiprogramm in Ver-
einen sind, möchten wir dahingestellt sein lassen.

Arbeiterbewegung.

Auf den freigesetzten Anwaltsstellen in den Distrik-
tendenz des Gewerkschaften beurlaubt Herr Landtagsabgeordneter
Karl Goldschmidt, der in einem Artikel der „Vreslauer
Zeitung“ seinen Befähigungsnachweis zum Nachfolger abzugeben be-
zweifelt, obwohl gerade diese Zeitung zu den Mächtigsten ein-
flussreichsten und niedrigsten Saitung gehört. Sollten sich die Hoff-
nungen des Herrn Goldschmidt erfüllen, dann sind die Gewerkschaften
auch in Zukunft vor jedem Fortschritt sicher.

Herr Christian Tischendörfer vollzieht seinen Austritt aus
der Organisation der Lithographen und Steinbrüder, in welcher er
zeitweise eine führende Rolle gespielt hat und begründet diesen
Schritt, wie die „Sille“ mitteilt, hauptsächlich damit, dass die freien
Gewerkschaften die Abstammung politische Neutralität nicht trifft
einhalten. Er sei in seinem Kollegenkreise steigenden Angriffen an-
gesetzt gewesen, weil er nicht Sozialdemokrat, sondern National-
sozialist ist. Diese Behauptungen erscheinen uns erklärlich. Herr
Tischendörfer ist in Lübeck als bürgerlicher Kandidat bei der Reichs-
tagswahl aufgetreten, um der Arbeiterpartei ein Mandat entreißen
zu helfen. Das dürfte viele Gewerkschaftler eine Verletzung der
proletarischen Interessen erblicken, nimmt uns nicht wunder. Trotz-
dem glauben wir, dass Tischendörfer seinen Schritt nicht hätte unter-
nehmen brauchen, wenn er es mit der Arbeiterschaft wirklich ernstlich
meint. Gilt er etwa die christlichen Gewerkschaften für neutral?

Die Sachverständigen in Hamburg und Umgebung
haben von den Arbeitern zum großen Teile die aufgestellten Lohn-
forderungen bewilligt erhalten. Der allgemeine Streik ist des-
halb aufhoben worden, nur über einige Arbeitgeber, die nicht be-
willigten, wurde die Werkstättenperre verhängt.

Die Streikere in Frankfurt a. M. haben vor dem
vorigen Gewerkschaft mit ihren Arbeitgebern eine Vereinbarung
abgeschlossen, wonach der neun Wochen dauernde Ausstand aufgehoben
wurde. Es gelang den Gehilfen, eine Lohnmehrung durchzusetzen.

Der Streik der Parfettbodenleger in Stuttgart ist durch
Bemittlung der Arbeitgeber seitens der Arbeitgeber beigelegt
worden.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 29. Juni 1905.

Oberschlesische Arbeiterfreunde. Der ober-
schlesische Berg- und Hüttenmännische Verein, die bekannte
Organisation des dortigen Industriekapitals, läßt sich seine
berühmte „Arbeiterfreundlichkeit“ wieder mal etwas kosten.
Er hat nämlich, wie schon berichtet, aus Anlaß der Fleisch-
steuerung im Industriegebiet an den Reichskanzler eine Peti-
tion um Erhöhung der Einfuhrziffer russischer Schweine
von 1360 auf 2500 gerichtet. Die Petition beschränkt sich
nicht auf die Stillberung der Fleischsteuer, sondern geht
darüber hinaus, indem sie u. a. sagt:

„Sehr unangenehm wurde diese Fleischsteuerung durch den
Umsatz, daß zugleich die übrigen Lebensmittel-
preise in die Höhe schweben. So sind Kartoffeln auf den
doppelten Höhe des Normalpreises, ebenso Sauerkraut, Ge-
müse sind für Arbeiter sehr schwer zu beschaffen und die
Vollmilch kostet vielerorts 18—20 Pf.“

Bei der bekundeten großen Arbeiterfreundlichkeit der
Herren hätte es nun wohl nahe gelegen, auch noch etwas
tatsächlicher der Not zu steuern, als durch Abwendung einer
billigen Petition. Man hätte den Arbeitern den Lohn
erhöhen sollen. Das haben die Herren auch selbst ge-
fühlt und sie suchten dieser unangenehmen Erwägung zuvor
zu kommen, indem sie in der Petition ausführen:

„Die nächstliegende Folge dieser Tatsachen, auch
die Löhne zu erhöhen, kann aus Rücksicht auf die Schwierig-
keit des Abfages und der hierdurch gebotenen möglichen Niedrig-
haltung der Selbstkosten nicht erfolgen. Es wurde sogar, da
die Industrie sich gezwungen sah, Freierhöhen einzuführen, der
Verdienst der Arbeiter, obwohl keine Lohnminderung eintrat,
noch kleiner und das in einer Teuerungszeit.“

Die armen Fabrikarbeiter! Dabei weiß jedermann,
dass in den letzten Monaten der Absatz an ober-schlesischer
Rohstoffe infolge der Streiks in Rheinland-Westfalen und in
Russisch-Polen brillant war u. a. die Gruben meist ihre
Bestände losgeworden sind und zwar zu sehr guten Preisen.
Der in diesem Augenblick veröffentlichte Geschäftsbericht für
1904/05 der Rattowitzer Aktiengesellschaft für
Bergbau und Hüttenbetrieb bestätigt das
ganz ausdrücklich. Die bedauernswerten Aktionäre dieser
Gesellschaft erhalten eine Dividende von zehn Prozent für
das vergangene Geschäftsjahr. Wie kann man bei solchem
„Gummi“-Profit den Arbeitern die Löhne erhöhen?
Nein, die Absendung einer Petition um Erhöhung der

Einfuhrziffer russischer Schweine ist jedenfalls erheblich billiger.
Aber, weil man es im ober-schlesischen Berg- und Hütten-
männischen Verein wirklich gut meint mit den Arbeitern,
ist man noch mehr für sie. Man stellt nämlich den
Sekretär dieses Vereins, Herrn Dr. Wols, als
Reichstagskandidaten für Rattowitz,
Fabrik auf und gibt damit den Arbeitern Gelegenheit,
sich einen geradezu klassischen Vertreter ihrer Interessen in
den Reichstag zu wählen. Herr Wols war es bekanntlich,
der im preussischen Landtage begeistert dafür eintrat, daß die
Arbeiterkinder vom 14. bis 16. Lebensjahr un-
gehindert durch Schulpflichtungen in den
Bergwerken unter Tage gleich den erwachsenen
Arbeitern beschäftigt werden sollten. Er ist
das nicht etwa im Interesse der Herren Grubenbesitzer,
sondern, wie er ernsthaft behauptete, damit dieselben nicht
während der zweijährigen „Dummheit“ den verber-
lichen Einflüssen der Sozialdemokratie
und des Bolsentums erliegen. Können die Arbeiter
noch mehr an „väterlicher“ Fürsorge verlangen?

Dah die Herren aus jener „arbeiterfreundlichen“
Unternehmer-Organisation jeden Versuch der Arbeiter, ihrer-
seits durch Organisation eine Verbesserung ihrer
Lebensverhältnisse zu erlangen, mit allen Machtmitteln
unterdrücken, ist bekannt. In den letzten Monaten
sind wieder hunderte von Bergarbeitern von
den verschiedenen Gruben wegen ihrer Zugehörigkeit zum
Bergarbeiterverband aus der Arbeit entlassen
worden. So sehen diese Arbeiterfreunde aus! Und vergessen
soll doch auch nicht werden, daß die Verelendung des Fleisches
wie aller übrigen Lebensbedürfnisse der Arbeiter durch Zölle
und Steuern, durch die Sperrung der Steuern für Vieh und
Fleisch verursacht ist und daß es eben die Partei-
genossen des Herrn Wols und seiner ober-schlesischen
Auftraggeber waren und sind, die diese verwerfliche, arbeiter-
schädliche Politik im Reiche wie im Staate durchführen.
Können ober-schlesische Arbeiter solche Leute zu Reichstags-
wählern, den Räteern gleich, die ihre Metzger selber wählen?

Die Sozialstarre ist bei einem 4-jährigen Mädchen aus
der Reifer Gegend konstatiert worden, das in der Anstalt
Bethesda in Bad Sockalowitz untergebracht war. In
dieser Anstalt befinden sich auch mehrere — ca. 80 —
Breslauer Kinder, die zur Kur dorthin geschickt sind. Nun
ist den Eltern ganz das Gedächtnis von dem oben erwähnten Kran-
keits- und Todesfall zu Ohren gekommen, aber die Verwaltung hat
auch auf wiederholte Anfragen der Eltern keinerlei Auskunft über
den Gesundheitszustand der Kinder gegeben. Ein Vater, der von dem
Schicksal seines Kindes bangt, hat erst von dritter Seite auf deren
Vermittlung hin, einen Bescheid bekommen, wonach alle erdenklichen
Vorsichtsmaßnahmen getroffen seien, um die Ausbreitung der Krank-
heit in der Anstalt zu verhindern. Da hätte man doch auf die An-
fragen der Eltern wohl auch direkt antworten können!

Vom Breslauer Konium-Verein gemeldet wurde,
wie uns mitgeteilt wird, der Rittmeister Jung, weil er als Bei-
sitzer beim Schiedsgericht für Arbeiterverleumdung
säglich ist. Der Stallmeister Förster hatte ihm bereits einmal den
Austausch zu einem Termin verweigert. Als Jung wieder geladen
wurde, wandte er sich an den ersten Lagerhalter um Urlaub, der ihm
auch gewährt wurde. Daraufhin wurde Jung von Förster an eine
andere, weniger günstige Arbeit geschickt, und als er protestierte,
wurde er entlassen. Bemerkenswert sei, daß derselbe Stallmeister die
Rittmeister füttert, ob sie auch Abonnenten der „Vollmacht“ seien. Wir
wissen natürlich nicht, ob Herr Förster Abonnenten für uns werben
will, da er bisher aber keine Bestellung aufgegeben hat, so müssen
wir annehmen, daß das Gegenteil der Fall ist und daß der Stall-
meister die Arbeiter vor der „Vollmacht“ grolllich machen will.
Das sollte er lieber unterlassen, denn die Arbeiter haben ebenso das
Recht, die „Vollmacht“ zu lesen, als Herr Förster selbst.

Aus der Strafkammer entlassen ist dieser Tage der Schmied
Flegel, der vor 14 Monaten vom Breslauer Gericht zu der außer-
ordentlich schweren Strafe von 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt
wurde. Er sollte an einem Zusammenstoß mit Bahnbeamten be-
teiligt gewesen sein, die den Arbeitern aus der Maschinenbauanstalt
in Hochheim das Ueberschreiten des Bahngrundes verboten. Flegel
ist auf Grund der „bedingten Begnadigung“ 4 Monate vor Ablauf
der Strafe entlassen worden. Dem wegen derselben Handlung zu
derselben Strafe verurteilten Genossen Samel, der eine große
Familie zu ernähren hat, ist die Vergünstigung verweigert worden. Er
müß also seine volle Strafe abtun.

Arbeiter-Abstinenzent-Bund. Freitag, Abends 8 Uhr,
Zimmer Nr. 6: Bericht über die General-Versammlung.

Geföhren wurden einem Arbeiter in einem Wirtshaus
Handwagen ein Sofa mit Kleingewandern, einer Sockel-
leuchte auf dem Tischplatte ein Handwagen mit Obst und Gemüse
und aus einer Restauration auf der Schloßstraße ein goldenes
Pincenez.

Vermissen wird seit dem 25. d. M. der 18 Jahre alte Schuh-
macherlehrling Paul Strauch, Kreuzstraße 37.

Polizeiliche Verhaftungen: In das Polizeigefäng-
nis wurden am 27. d. M. 18 Personen eingeliefert. — Ab-
gehören kamen: Eine silberne Damenuhr, ein Tauring, ein
silbernes Armband, ein silberner Ring und fünf Lagen schwarze
Wolle. — Zugelassen sind zwei Viehstaben.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

Die Bauzerr über die Geschäfte von Runge,
Bärenstraße und Neuhalla besteht für organisierte Maurer und
Bauführer nach wie vor. Das Geschäft von Neuhalla
ist auch für organisierte Zimmerer gesperrt.

Die Ortsverwaltungen.
Eine Sitzung der Kommission zur Befrei-
ung des Kost- und Logiszwanges findet am Freitag,
den 30. Juni er, Abends 8 Uhr, im „Gewerkschafts-
saal“, Zimmer Nr. 5, statt. Tagesordnung: 1. Ausarbeitung eines
einheitlichen Fragebogens. 2. Die fernere Taktik. Die Kom-
missionsmitglieder werden gebeten, unbedingt zu erscheinen.
Der Obmann.

Gewerbegerichtsbefugter! Freitag, 30. Juni,
Abends 8 Uhr, findet im Zimmer 2 des Gewerkschafts-
hauses eine Versammlung statt. Auf der Tagesordnung
steht u. a. ein Vortrag des Arbeiter-Sekretärs Neulirch;
ferner: „Der Verbandstag der Gewerbegerichte.“
Der Obmann.

Aus Schlesien und Posen.

Glogau, 27. Juni. Wegen Aufforderung zur Be-
gehung eines Verbrechens nach § 218 ist am 29. Sep-
tember v. J. vom Landgerichte Glogau der Bäcker Oswald Linke
zu Laufen zu 1 Monat Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust ver-

urteilt worden. Auf seine Revision hob das Reichsgericht
Urteil wegen Beschränkung der Verleumdung auf
einmal die Sache an das Landgericht zurück.

Breslau, 29. Juni. Ein Mann aus der Gegend
erregt hier die Aufmerksamkeit über das hiesige Postamt
Kleinmach. Nach einer vorläufigen Untersuchung wurde
die Postbox etwa 240,000 Mk.; die Klubs sind gering. Auch
Depositen sind angegriffen. Die Verluste treffen gemeinlich
Leute, die zum größten Teil um ihre gesamten Erbschaften
kommen sind.

Breslau, 29. Juni. Verurteilung eines Arbeit-
ers des Schwurgerichtes den Stenographen Lunge, der
2. Pfingsttag seine Geliebte, die Lehrerin Schmeda, erschossen
wegen vorläufigen Totschlags zu 12 Jahren Zuchthaus.

Breslau, 29. Juni. Die enorme Fleisch-
teuerung war Gegenstand einer Interpellation im Stadver-
ordneten-Kollegium. Bürgermeister Stadler bemerkte in seiner
Antwort u. a.: daß am 8. Juli eine entsprechende Konferenz des hiesigen
Schweine, welches erst nächstes Jahr zugelassen werden sollte,
die Grenze passieren werde.

Sind sich die Herren wirklich nicht klar darüber, daß die
herzlich wenig gehofft, daß die Ausdehnung der Arbeiter-
bewegung erst befohlen wird, wenn die Macht der Agrarier ge-
wunden und die Grenze gänzlich geöffnet wird?

Lauscha, 29. Juni. Beantragt wurde der wegen
Kantonsleiter „Wahldrawalls“ zu 3-jähriger Gefängnisstrafe verur-
teilte Richter Schindler aus Lauscha. Er befindet sich be-
reit zum Freilauf.

Die übrigen Angeklagten, vor allem die Arbeiter, müß
ihre Strafe aufheben ganz abgeben.

Breslau, den 29. Juni. Militär-Jurist Dr.
Tambour Pohl vom 9. Infanterie-Regiment aus Wilschdorf
Landeshut seiner Zeit auf dem Jahrmarsch im angrenzenden Juch
einen Unteroffizier angetroffen und sich dann seiner Verhaft-
ung widersetzt hatte, verurteilte ihn im Mai das Kriegsgericht zu
geringster zulässiger Strafe von fünf Jahren sechs Mo-
naten Gefängnis. Wegen dieses Urteils legte der Reichs-
gericht Berufung ein. Das Oberkriegsgericht kam zu der Uebersetzung,
militärischer Aufrührer (1) vorliege und erlaube gegen
auf fünf Jahre sechs Monate Zuchthaus und
Kohlung aus dem Heere.

5 Jahre Zuchthaus! Und das, obwohl selbst das erste U-
rteil nicht mehr, daß der Vorgang ein überaus harmloser ge-
wesen war. Selbst es doch 3. M. wirklich im Urteil: „Kann verurteilt
offizier Schöbel in durchaus unmittelmäßiger Weise.“ Statt
Soldaten, die ihn beauftragt hatten, sofort festzuhalten, ließ er
zu: „Na hören Sie, meine Herren, was für
Ihren ein? Kommen Sie einmal her!“ Die Sold-
leuten dieser „freundlichen“ Mahnung keine Folge; vielmehr
schanden sie unter der Menge. V. der bisher unbekannt
stellte sich dann freiwillig am anderen Tage.

Wird das „Monstrum von Militärstrafprozess-Ordnung“,
selbst nachste sie nennen, nunmehr bald geändert werden
Über müßen erst noch mehr solcher Fälle und solcher 3. M. die
die Öffentlichkeit in Aufregung setzen?

Bromberg, 27. Juni. Ein Erzieher verhaftet.
Seminarlehrer Schmidt vom königlichen Schullehrer-Seminar
Bromberg ist in seiner Dienstwohnung durch die Kriminalpolizei
verhaftet und dem Untersuchungs-Gefängnis zugeführt worden.
Schmidt wurde er einstweilen wieder entlassen.

Bromberg, 29. Juni. Wegen Unerfüllung
Urkundenfälschung wurde der Buchhalter Bröcher
hier, der in der Maschinenfabrik von Gabel hieselbst als Kass-
und Buchhalter angestellt war und dortselbst forgesetzt Verur-
tungen begangen hatte, von der Strafkammer zu 2 Jahren Gef-
ängnis und 2 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Neueste Nachrichten.

Der Matrosen-Aufstand.

(Siehe Russland.)

Der amerikanische Konsul in Odessa telegraphiert:
Panzer-Schiff „Swiss Rodemim Lawretschewsky“ und ein
Vedboot kamen gestern Abend hier an. Die Offiziere
waren auf See ermorde und die Leichen
Werb geworfen worden. Die Mannschaft
brachen, die Stadt zu beschließen, falls für ihre Reden
gegessen werden sollten. Die Schwarz-See-Flotte wird etwa
Nach einer Meldung aus Odessa herrscht dort off-
Revolution. Vor der Hauptkirche der Stadt ist eine Bombe
plübiert, durch welche mehrere Personen verwundet wurden.
anderen Stellen erfolgten Zusammenstöße zwischen Militär-
Demonstranten.

Die Kasse gegläht.

Die „Morgenpost“ meldet aus Lohz: Der Kassen-
Wartmeister wurde am Mittwoch auf der Straße von Arbeit-
angehalten, aus dem Wagen gezerrt und durch Polizei-
hagert. Die Richter entlassen. Die Zeitung ist auf Bef-
er revolutionären Partei geföhren.

Der Kommandant von Lohz, General Schützwort,
der Polizeimeister Organowski haben Briefe erhalten, laut
die Partei gegen sie das Todesurteil in dieser Woche vollst-
werbe.

Die Kärhere Conart.

Am Mittwoch wurde durch das Stadthaupt
Moskau ein von 117 Vertretern großer russischer
Städte mit über 50,000 Einwohnern besuch-
kongress eröffnet. Ein Redner erklärte, gegenw-
gehögten die Befehle des Sozialkongresses nicht mehr. S-
müsse die Verfassung geföhrt werden.

Die Wahlen in Holland.

Nach dem endgültig vorliegenden Ergebnis der Wahl-
zur zweiten Kammer sind gewählt worden: 25 Katholi-
15 orthodoxe Protestanten, 24 Linksliberale, 10 Rechtliber-
8 Mitglieder der Partei der „historischen Christen“, 11 liber-
Demokraten, 7 Sozialisten, insgesamt 62 Antiministerielle
48 Ministerielle.

Das Ministerium Ruysse, des holländischen Bismarck,
somit gestürzt. Ein großer Erfolg!

Verantwortlicher Redakteur für die „Bresla-
Nachrichten“ und die „Inserate“: Franz Mühs; — für
„Aus Schlesien und Posen“: Robert Albert; für
gesamten übrigen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der „Ne-
Welt“ Paul von. Redaktion und Expedition: Neue Braun-
straße 53. — Verlag von Edgar Schütz; — Druck
Th. Schachtel O. u. G. P. — sämtlich in Breslau. — A-
antwort: Breslau. [Hierzu 1 Beilage

Neu eröffnet!
Zigarren
 eigener Fabrikate
 empfehle allen Freunden, Bekannten, sowie Geistes, einer gütigen Beachtung.
Carl Bensch,
 Königsgrabenstr. 24.
 1538

Prämiiert mit nur goldenen Medaillen.

Konfektions-Büsten,
 Kleiderbügel etc. etc.

H. Goerth Holl., Breslau I.,
 1484 69 Nikolaistrasse 62.

Billige Teppiche!
Billige Portièren!
Billige Tischdecken!
Billige Läuferstoffe!
Billige Gardinen!

Korte & Co., Breslau
 Albrechtsstr. 55, I. Etg.

Handl. mit Solidaria-Fahrräder
 auf Wunsch Teilzahlung.
 Anzahl. 20, 30, 50 Mk.
 Abz. 8-15 Mk. monatlich.
 Reicherladen von 64 Mk. an. Zahlweise spottbillig.
 Preislisten gratis und franko.

J. Jendrosch & Co.
 Charlottenburg h. No. 51.

6 Tage

Freitag den 30. Juni bis Mittwoch den 5. Juli
Räumungs-Ausverkauf.

Alle Angebote übertreffend!

Nur soweit am Lager

- 1 Posten bebr. Etamines in nur couranten Dessins früh. Preis 1.20 jetzt **50 Pf. p. Mtr.**
- 1 Posten engl. Zephyr für Blusen früh. Preis bis 1 Mk., jetzt **45 Pf. p. Mtr.**
- 1 Posten reinw. Blusenstoffe früh. Preis bis 2 Mk., jetzt **1.00 Mk. p. Mtr.**
- 1 Posten engl. Stoffe für Reisekleider früh. Preis bis 3 Mk., jetzt **1.75 Mk. p. Mtr.**

Einzelne Roben sowie Reste für den halben Preis.

D. Süßmann,

Reuschestrasse 8/9, Ecke Büttnerstrasse.

Die Preisunterschiede sind auf den Etikettes ersichtlich und haben während der Ausverkaufszelt Gültigkeit.

Noch nie dagewesen!

Von der Fischereigeellschaft „Westfalia“ Bremerhaven treffen Donnerstag Nacht, mittels Kühlwagen ca.

15,000 Pfd.

lebendfrischer **Seelachs und Cabliau**

ein. Das Pfund wird im Anschnitt mit nur

9 Pf.

4 Verkaufsstellen.

- J. M. Kabmann,** Neumarkt 12.
- E. Traeger,** Fischverandahaus, Gräbchenstr., Ecke Senzenglah, Generalsbureau der „Westfalia“.
- Carl Fischer,** Neue Tauengienstr. 39.
- M. Großenberg,** Klosterstr. 39, Ecke Löschstr.

Geschäfts-Eröffnung!

Zur guten Schuhquelle

Grosse Scheitnigerstrasse No. 19
 Ecke Hirschstrasse

Sonnabend, 1. Juli
 vormittags 9 Uhr.

Genossen!
 kaufen passende Schuhwaren streng, reell u. billig.
 Reparaturen rasch und billige Preise.

Zur guten Schuhquelle
 Scheitnigerstrasse 19, Ecke Hirschstrasse.

Grosser Saison-Ausverkauf!

5 Extra billige Tage

Freitag den 30. Juni Sonnabend 1. Juli Sonntag 2. Juli Montag 3. Juli Dienstag 4. Juli

An diesen 5 Tagen verkaufe um zu räumen zu einzig dastehenden billigen Preisen.

1 Posten engl. garnierte Damenhüte, Mützen und jugendlich chasseurartige. Verkaufswert bis 8.90, jetzt zum Aussuchen, Stück 1.55, 1.15, 85 und	67 Pf.
1 Posten Matrosen-Hüte, engl. garniert. Verkaufswert bis 2.85, jetzt zum Aussuchen, Stück 95, 78, 47 und	25 Pf.
1 Posten Breton-Hüte, engl. garniert. Verkaufswert bis 2.45, jetzt zum Aussuchen, Stück 1.27, 98, 65 und	47 Pf.
1 Posten Mädchen- u. Kinder-Hüte, garniert. Verkaufswert bis 2.95, jetzt zum Aussuchen, Stück 1.45, 95, 58 und	47 Pf.
1 Posten Div. garnierte Damenhüte. Verkaufswert bis 5.50, jetzt zum Aussuchen, Stück 2.85, 2.45, 1.95 und	1³⁵ Mk.
1 Posten Florentiner-Hüte ung., schw. u. weiss. Verkaufswert bis 2.75, jetzt zum Aussuchen, Stück	87 Pf.

Ferner:

1 grosser Posten Ungarnierte Damen- und Mädchen-Hüt

Serie I 10 Stück Pf.	Serie II 23 Stück Pf.	Serie III 47 Stück Pf.	Serie IV 65 Stück Pf.
--	---	--	---

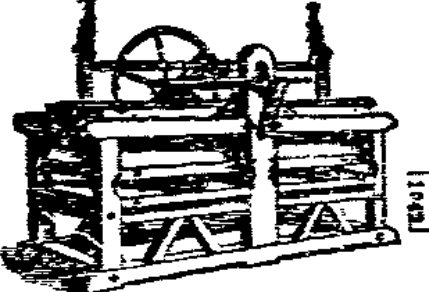
Alles soweit Vorrat.

M. Tichauer

Grösstes Spezialhaus für Damenputz

Nur Reusche-Strasse 47
 4 grosse Schaufenster.

Deutsche Drehrolle
 mit verbesserter, patentamtlich geschützter Selbstkippvorrichtung



A. Walter,
 Breslau VI, Polenzstrasse 41.
 Broschüren gratis. Zeitungsab. gebührenfrei.



10 Pfg.

für blankes Fleisch.
 Die köstlichen Fänge unserer Dampferflotte ermöglichen uns, heute feinsten weißen Cablian, alles Einheitsmaß, per Pfd. mit 10 Pfg. zu verkaufen.

D. D.-F.-G. Nordsee
 Schmiedebrücke Nr. 19 und Stadtbahnhofen.

Das Erwachen Asiens.

Der russisch-japanische Krieg, sein ungünstiger Verlauf für Russland hat seine Wirkung auf die innerpolitischen Verhältnisse Russlands nicht verfehlt; der Zusammenbruch der russischen Armee hat die schlummernden Kräfte der Revolution zu schnellerer Entfaltung gebracht. Aber der Sieg der Japaner über die herrschende weiße Klasse hat noch eine andere Folge von nicht minderer Bedeutung gezeitigt. Die Japaner sind durch ihre Siege die dominierende Nation im fernem Osten geworden; in Japan werden die übrigen asiatischen Völker ihren Schützer und Retter vor den europäischen Eindringlingen erblicken. Die Chinesen, welche die Gelegenheit gehabt haben, die europäischen Kulturträger kennen und verabscheuen zu lernen, werden sich dem japanischen Einfluß nicht entziehen können. Was den „christlichen“ Europäern, die mit Feuer und Schwert China zu kultivieren trachteten, nicht gelang, das werden die „heidnischen“ Japaner, die von derselben Klasse und denen die Kultur der Chinesen näher steht, wohl fertig bringen: sie werden das gewaltige chinesische Reich erschüttern, ihrer und damit nach und nach auch der abendländischen Kultur näherbringen.

Aber nicht auf China allein erstreckt sich der Einfluß der japanischen Siege, sondern auf alle asiatischen Völkernationen. So zitiert ein englisches Blatt den Ausdruck einer leitenden indischen Zeitung aus der Zeit, da der endgiltige japanische Sieg noch nicht zurückschickte. Es heißt dort: „Der gegenwärtige Kampf, gleichgiltig ob er mit der Niederlage oder dem Siege der Japaner endet, hat den Beweis erbracht, daß die Japaner in Selbstverleugnung, Opfermut, Vaterlandsliebe, in Tapferkeit und Kriegslustigkeit von keiner Nation der Erde überboten werden können. Wir haben in unserem Lande vor Jahren ein Erwachen von einem jahrhundertelangen Schlummer, verursacht durch unsere Fühlung mit dem Westen und durch die Ausbreitung westlicher Ideen bemerken können. Aber eine tödliche Hoffnungslosigkeit hat alle nationale Energie niedergedrückt. Jetzt aber kommt zu uns ein Hauch aus dem fernem Osten, der uns wieder aufleben läßt, und der Fortschritt Japans ist eine Stimme, die nicht mehr unterdrückt werden kann. Mitbürger! Erwacht und genießt mit anderen Nationen das Gute und Schöne dieser Welt wie ein lebendiges Volk!“

Es handelt sich hier nicht etwa um eine vereinzelte zufällige Meinungsäußerung irgend eines Blattes, sondern die Indier beginnen Japan als das Land zu betrachten, das ihnen in jeder Beziehung als Vorbild dienen kann. So schicken schon seit einigen Jahren die bemittelten indischen Familien ihre Söhne zum Studium nicht mehr so häufig nach Europa, sondern nach Japan. In Indien selbst wird in den höheren Schulen mehr und mehr die japanische Sprache gelehrt. Das Nationalkolleg der Hindus hat damit begonnen, und die Presse fordert die übrigen Schulen auf, diesem Beispiel zu folgen. Schüler, Techniker und Arbeiter sollen nach Japan geschickt werden, um zu lernen. — Es kann nicht zweifelhaft sein, daß diese Bewegung in Indien schließlich ihre Spitze gegen die britischen Eroberer und Ausbeuter kehren wird. Das wissen die Engländer wohl und darum sehen sie die Siege ihrer japanischen Verbündeten wohl auch mit sehr gemischten Gefühlen an.

Auch in Persien machen sich ähnliche Stimmungen bemerkbar. So veröffentlicht ein wohlbekanntes persisches Blatt in Kalkutta die Aufschrift eines persischen Patrioten, der mit großer Wärme dafür eintritt, daß Persien seinen Bedarf an Kriegsmaterialien in Japan decken sollte und daß persische Offiziere, Studenten, Techniker usw. nach Japan gehen sollten, um dort zu lernen. — Alle diese Neußerungen deuten darauf hin, daß früher oder später der Ruf erklingen wird: Asien den Asiaten!

Fünfte Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Dresden, Montag, 26. Juni.

In der heutigen Vormittags-Sitzung erhaltete zunächst Seitz-München den Bericht über die Beschlüsse des Kölner Gewerkschaftskongresses.

Er erörtert das Anwachsen der Gewerkschaften, wodurch sie selbständiger wurden. Eine Neuregelung habe die Frage der Streikunterstützung gefunden, wobei in Zukunft bei Ausbruch von Lohnbewegungen, in denen man die Unterstützung der Allgemeinheit in Anspruch nimmt, diese Allgemeinheit auch ein Wort mitzureden habe. Er weist auf den Ausspruch Bismarcks bezüglich des Zusammenhangs der Gewerkschaften mit der allgemeinen Arbeiterbewegung hin und erörtert sodann die in Köln gepflogenen Debatten bezüglich der Maifeier, sowie das Resultat derselben. Auch sie stünden auf dem Standpunkte, daß die Maifeier Abends abgehalten werden solle, da eine Arbeitsruhe in halbtägiger Form nicht nur im Gewerbe sich nicht durchführen lasse. Aber das dürfe nicht mehr vorkommen, daß die Maifeier spurlos am „Correspondenzblatt“ vorübergehe. Dieser muß als Gewerkschaftsblatt seine Schuldbiligkeit auch nach dieser Richtung hin tun. Redner bespricht sodann die Stellung des Kongresses zur Gewerkschaftsfrage und die Stellung der Gewerkschaftsstelle in der Gewerkschaftsbewegung, sowie die Frage der Arbeits- oder Arbeiterkammern rein referierend. Nach Vespereung weiterer Vorlesungen meint Redner, er stehe auf dem Standpunkte, daß der Kongress nutzbringend für die Gewerkschaftsbewegung gewesen sei. Den Ausspruch Bismarcks teile er im wohlwolligen Interesse der Gewerkschaftsbewegung nicht in der Form, wie er gefallen.

Maximilian will sich auf eine Debatte nicht einlassen, doch müsse er ausprechen, daß die Buchdrucker als moderne Menschen alle Ursache hätten, der Frage der Maifeier etwas näher zu treten. Auch bezüglich der Literatur habe Redner eine andere Auffassung, als beispielsweise Leimpters.

Auch Laminé-Frankfurt wünscht eine prinzipielle Stellungnahme der Generalversammlung zur Maifeier, damit die alljährlich sich wiederholenden Debatten darüber, wie sie abzuhalten sei, einmal aufhören. Er persönlich vertrete eine Abendfeier und könne sich für Arbeitsruhe am 1. Mai nicht erwärmen.

Döblin meint, daß die Arbeitsruhe sich aus Gründen, die im Wesen unseres Gewerbes liegen, nicht empfehle, im übrigen aber die Abendfeier tunlichst zu fördern sei.

Bezüglich der Vertretung auf dem Gewerkschaftskongresse wird empfohlen, auch dem Redakteur ein Sitz und Stimme zu geben. Frankfurter wünscht eine klare Direktive bezüglich der Maifeier, an welcher es bisher gänzlich gefehlt, so daß die Funktionen nicht wüßten, woran sie waren. Die nationalen und internationalen Beschlüsse müssen auch für uns maßgebend sein.

Weber-Berlin bespricht die Frage des Generalstreiks, die gleichfalls zu erörtern sei, um Klarheit zu schaffen.

Reichhäuser spricht der Maifeier nur dann einen parteipolitischen Wert zu, wenn sie durch Arbeitsruhe begangen wird. Nachdem der nächste internationale Kongress in Stuttgart die Maifeierfrage grundsätzlich erörtert, ist eine Festlegung des Verbandes auf der nächsten Generalversammlung am besten. Heute könne man darüber zur Tagesordnung übergehen. Die Generalstreikfrage halte er nicht für berechnend, da er nicht glaube, daß das Koalitions- und Wahlrecht in Gefahr seien.

Müller-Essen weist im Namen der Rheinländer und Westfälinger den Bismarckischen Ausspruch mit Entschiedenheit zurück, da dort noch Strömungen vorhanden seien, Beiträge an christliche Gewerkschaftsstellen zu zahlen und uns durch jenen Ausspruch die Agitation in den Kreisen der christlich gesinnten Kollegen außerordentlich erschwert werde.

Es bleibt bei dem bisherigen Beschäftigungsmodus der Gewerkschaftskongresse laut Wunsch der Generalversammlung, nur erhält auch der Redakteur derselben ein Mandat zu demselben. Dagegen hält sie eine Vertretung auf internationalen Kongressen in Zukunft für geboten, was bisher nicht der Fall war. Die Stellungnahme zur Maifeier wird zur nächsten Generalversammlung zurückgestellt.

Bezüglich der internationalen Beziehungen erwähnt Döblin kurz das Verhältnis des Verbandes zu den Brudervereinigungen des Auslandes, das vor allem engere Verhältnisse und Verbandsinteressen betrifft. Das Absteckende der elsass-lothringischen Kollegen in einer eigenen Organisation beweise, daß das Wort: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ noch nicht einmal innerhalb der Reichsgrenzen vollzogen ist.

Schmoll-Strasburg erklärt die eigene Organisation, bezw. das Nichtaufgeben derselben im Verbands mit gesetzlichen Hindernissen des Reichslandes. Könne der Anschluß einmal erfolgen, so würden es

keine schlechten Kollegen sein, die dem Verbands dadurch den Rücken

Die weitere Erörterung der internationalen Beziehungen nach weiteren Anregungen ohne weitere Beschäftigung geschloß und hofft vorzueilen aus der Debatte den Schluß ziehen zu dürfen, daß auch die elsass-lothringischen Kollegen zu der Anschlußfrage nach der verflochtenen Aussprache entgegenkommender sich verhalten werden. Nunmehr werden nach Vorschlag der Präsidiumsmitglieder den Delegierten 10 Mark Tagesgelder, sowie Entschädigung des Arbeitsverdienstes und Bahnfahrt 3. Klasse bewilligt und sodann wird in der

Stimmabstimmung

fortgesetzt. Es wird beschlossen: Für die Zeit einer Inhabierung wird keine der (im Statut) aufgeführten Unterstufungen gezahlt. Die Weiterzahlung derselben kann erst dann wieder beginnen, wenn das Mitglied aus der Haft entlassen und sich erweisen, daß das betr. Vergehen nicht unter die Bestimmungen des § 50 des Statuts fällt. Dieser handelt vom Ausschluß im Falle gemeiner Verbrechen und Vergehen.

Eine längere Debatte ruft der Berliner Antrag hervor, die Zahl der Delegierten im Hauptvorstande auf 15 zu erhöhen. Von Mitgliedern des Hauptvorstandes wird derselbe eifrig bekämpft, von der Berliner Delegation wärmstens empfohlen. Der Antrag wird nach zweimaliger Abstimmung (die erste wurde angezweifelt) mit 52 gegen 32 Stimmen abgelehnt.

Darauf tritt die kurze Mittagspause ein.

In der Nachmittags-Sitzung wird anfänglich eines Leitenden Antrages die Stellung Krahl's in der Redaktion des „Correspondenzblattes“ besprochen. Der Antrag wird durch eine Erklärung des Vorstandes erledigt, daß eine Aussprache mit den Redaktionsmitgliedern zwecks Abklärung der auf der Generalversammlung zur Sprache gebrachten Beschlüsse erfolgen soll, um den berechtigten Wünschen der Generalversammlung gerecht zu werden. Anträge aus Straßburg und Ludwigslust, welche den Hauptvorstand auch ohne Mandat Sitz und Stimme auf der Generalversammlung verschaffen wollten, werden mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt. Gleichfalls abgelehnt und zwar mit 48 gegen 44 Stimmen wird der Antrag, auf je 500 Mitglieder einen Delegierten zu wählen.

Angenommen wird folgende Resolution der Mandatsprüfungskommission:

In Anbetracht der zu den Wahlen der Delegierten zur fünften ordentlichen Generalversammlung eingegangenen Proteste und sonstigen Einwendungen erklärt die Generalversammlung zu § 24 des Statuts:

1. Bei Wahlen sind die Wähler an eine bestimmte Kandidatenliste nicht gebunden.
2. Die Wahl von besonderen Stellvertretern ist im Statut nicht vorgesehen, daher unzulässig. Es sind jedoch mehr Kandidaten aufzustellen, als Delegierte zu wählen sind. Als Stellvertreter gelten diejenigen, welche nach den Gewählten die nächstmeisten Stimmen auf sich vereinigen, sofern die absolute Mehrheit erreicht ist.
3. Die Eröffnung der Stimmzettel und Ermittlung des Wahlergebnisses ist Angelegenheit des Hauptvorstandes. Die Feststellung des Wahlergebnisses nach Bruderverein, Orten oder Bezirken ist unzulässig.
4. Bei Stichwahlen entscheidet die einfache Mehrheit, bei Stimmengleichheit das Los.

Der Resolution wird noch beigelegt, daß die Stimmzettel in blanco an die Mitglieder abzugeben sind und die Feststellung des Wahlergebnisses eine öffentliche sein muß.

Nunmehr referiert Demuth-Damburg über die Vorlage der Eifer-Kommission bezüglich der ihr überwiesenen Anträge zur Statutenänderung. Sie behandeln eine anderweitige Fixierung bezw. eine Erhöhung der verchiedenen Unterstufungen im Rahmen der bisherigen Beiträge. Nach kurzer Generaldebatte wird über die Kommissionsanträge ohne Debatte abgestimmt. Sie werden einstimmig angenommen. Ebenfalls werden auch folgende drei von der Kommission vorgeschlagene Resolutionen angenommen:

Die Eifer-Kommission ist einstimmig der Ansicht, daß nach Lage der Sache eine Aufhebung der Hauszuschüsse nicht in die Wege geleitet werden kann, ohne nicht gleichzeitig die Arbeitslosenunterstützung des Verbandes unter Erhöhung des Beitrages von 10 Mk. auf 2 Mk. pro Tag zu erhöhen. Eine solche Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung aus der Verbandskasse kann aber nicht zum Vorteil des Verbandes gereichen.

Die Kommission erklärt aber auch, daß überall da, wo Zuschüsse aus der Hauskasse zur Arbeitslosenunterstützung gewährt werden, weitere Zuschüsse aus Mitteln der Bezirks- oder Ortsvereine auszubedenken haben, um den Vorwürfen der Schädigung derjenigen Mitglieder, die abwechselnd bald da, bald dort konditionieren, nach Möglichkeit zu begegnen.

Das Statut wird in der Regel nur an die direkten und sich als solche ausweisenden Leibesbesitzer gezahlt; in besonderen

Ein „Tempel des heiligen Geistes“.

Eine Fabrikarbeiterin ist kein „Fräulein“ und ein Fräulein keine Fabrikarbeiterin. — Eine Fabrikarbeiterin kann ein Kind gebären — ein Fräulein kann kein Kind gebären. Der Leib einer Fabrikarbeiterin soll ein Tempel des heiligen Geistes sein. Man lese folgendes im „schönen“ Sachsen enthaltene Schriftstück:

An Fabrikarbeiterin . . . (folgt Name und Wohnung).

In Anbetrachtung unseres Berufes, „in der Kirchengemeinde Jung und Alte zu erhalten und den christlichen Sinn zu beleben“, nehmen wir Verantwortung, mit herzlichster Ermahnung zu Ihnen zu kommen. Unsere Seele soll eine Wohnung des dreieinigen Gottes und unser Leib ein Tempel des heiligen Geistes sein; wir sollen feucht und züchtig leben in Worten und Werken. Das haben auch Sie in der Konfirmation gelobt. Hat aber ein Christ den Lockungen der Welt und seines Fleisches nachgegeben, so hat er damit ein lazes Gebot Gottes übertreten und wider Gott gesündigt; er hat seinen Leib, der ein Glied Christi sein soll, entweiht. Und Gott, der Herr, straft die Sünde der Unkeuschheit und Unzucht im Leben der Menschen; denn „die Sünde ist der Leute Verderben“. Darum bitten und ermahnen wir Sie in Christi Namen, daß Sie eine ernste Selbstprüfung nicht von sich weisen, damit Sie unter dem Bestande des heiligen Geistes zu der göttlichen Trauer Sie gelangen, die da wirkt zur Seligkeit einer Sinnesänderung, die niemand gereut, das von Ihnen gegebene Bekenntnis nach böse Beispiel nach Möglichkeit wieder gut machen und Christi Wort beherzigen: „Sündige hinaus nicht mehr!“ Der Herr, unser Gott, sei mit Ihnen und helfe Ihnen auch Ihr Kind christlich erziehen.

Sittau, den 10. Juni 1905.

Der Kirchenvorstand: G. Baumfelder.

Der Nutzen des Turnens für die Gesundheit.

Der Nutzen des Turnens für die Gesundheit wird heute wohl überall anerkannt. Es ist eigentlich verwunderlich, daß nicht weit mehr Menschen sich dem Turnen widmen, als es tatsächlich der Fall ist.

Pädagogen oder Verwaltungsbeamten sein, sind von dem hygienischen Nutzen des Turnens völlig überzeugt. Aber wie alle Wahrheiten, so muß auch diese von der Mühseligkeit des Turnens immer wieder und wieder betont werden, damit möglichst viele Köpfe von ihr durchdrungen werden, denn heute steht leider eine große Masse dem Turnen noch fremd gegenüber.

Wenn wir uns fragen, wie der Einfluß des Turnens für die Gesundheit zu verstehen ist, müssen wir uns vergegenwärtigen, daß Bewegung Leben ist. Stillstand bedeutet Krankheit und Tod.

Auch im Schlafe, wo der Körper scheinbar völlig ruht, welche Kräfte von Bewegung! Wir leben und hören das Herz pulsieren, die Brust in rhythmischen Atemzügen sich heben und senken und in den Millionen und aber Millionen von Zellen, aus welchen unser Organismus sich zusammensetzt, welche ein stilles, fortgesetztes Wirken und Leben vollzieht.

In harter Vergrößerung vorge stellt erscheinen sie wie ein gewaltiger Betrieb mit unabhilglichen Abteilungen; an ihnen allen fließt der rote Strom des Blutes vorbei und trägt ihnen Rohmaterial zu für die Arbeit.

Dieses Material wird nach physikalischen und chemischen Gesetzen eingeschmolzen, in Atomgruppen zertrümmert, zu neuen Molekülen verbunden, wieder zusammengefügt und so Energie aufgespeichert für die Arbeit des nächsten Tages.

Betrachten wir andererseits, was sich ergibt, wenn ein Glied in wochenlangender Ruhe festgehalten wird. Sie alle sind als Arbeiter in Verufen tätig, wo unausgesetzt Unfälle vorkommen und es werden viele unter Ihnen folgende Beobachtungen schon an sich selbst gemacht haben.

Verletzt sich beispielsweise jemand einen Arm, er renkt sich denselben aus. Derselbe wird verbunden und muß wochenlang im fixierenden Verband getragen werden. Die Verletzung ist nun endlich geheilt und der Verband wird abgenommen. Nun bemerken wir aber zu unserem Erstaunen, daß der Arm sich sehr zu seinem Nachteil verändert hat. Er ist abgebebt und geschwumpft, seine Gebrauchsfähigkeit außerordentlich gering und erst nach wochenlangem Gymnastik lehren er langsam wieder in seinen normalen Zustand zurück.

Noch viel unangenehmere stellt sich der Verlauf, wenn der ganze Körper in träge Ruhe verharrt. Die zugeführten Nahrungsmittel, von welchen im obigen Bilde gezeigt wurde, wie sie sich in den Körperzellen als Energie anhäufen, werden nicht verarbeitet, verbraucht und häufen sich als Fettsäure im Körper an. Erst wird der Bauch und die Leiden, das Herz und die Eingeweide mit Fett über- und durchwachsen, dann kommt die Leber und die Atmungsorgane und schließlich das Herz in Fettsäure eingeklemmt, so ist der Anfang zum Tode gegeben.

Die Angirulation wird träge und Wasser sucht macht dem Leben ein Ende, wenn nicht vorher schon andere Krankheiten den

widerstandsunfähig gewordenen Körper hinweggerafft haben. Also ein Faulenzer wird kein frohliches Ende haben.

Der Mensch lebt also nicht von dem, was er isst, aber von dem, was er verdaut, sondern von dem, was er in seinen Muskeln verarbeitet. Leben ist Arbeit, Arbeit ist Leben.

Gar leicht läßt sich nachweisen, daß das Organ des Körperes durch das Turnen gewinnt. Das Organ zieht sich energischer zusammen, der Blutdruck steigt, die Hautgefäße erweitern sich und erzeugen ein Gefühl wärmer Wärme.

Schon der günstige Einfluß des Turnens auf die Gemütskräfte ist äußerst wichtig, denn das Herz ist mit das wichtigste Organ des Körpers. Wird z. B. der Arzt an einem Kranken gerufen, so wird er als erste den Puls fühlen, in welchem sich die Herzstätigkeit äußert. Ist nun der Puls kräftig und gleichmäßig, so wird der Arzt von vornherein überzeugt sein, daß der Kranke die Krise überlebt. Wenn aber nur ein schwacher und unregelmäßiger Pulsschlag gefunden wird, das Herz also nicht mehr kräftig genug ist, dann wird der Arzt den Verwandten des Kranken nur einen schwachen Trost geben können.

Aber auch andere Organe werden durch das Turnen äußerst günstig beeinflusst. Die Atmung vertieft sich, die Peristaltik des Darmes wird angeregt und nach vollbrachter Turnübung umfangt uns jenes wohlige Gefühl angenehmer Müdigkeit nach getaner Arbeit und bereitet uns einen tiefen gesunden Schlaf, die zuverlässigste Arznei für unsere abgebehten Nerven.

Die Atmung der Lunge durch das Turnen ist gerade von den Arbeitern sehr hoch einzuschätzen, denn eine kräftige Lunge ist auch widerstandsfähig gegen die mit Recht bei den Arbeitern geschränkte Tuberkulose. Wie alle atmen tagtäglich die Tuberkulosekeime und viele andere ein und es wäre traurig um die Menschheit bestellt, wenn diese Keime alle zur Entfaltung kämen. Wo bliebe da die ärztliche Hilfe, wo die Krankenpflege?

Durch das Turnen machen wir die Lunge widerstandsfähig, indem wir dieselbe kräftigen und in einer kräftigen Lunge kommen keine Keime zur Entfaltung, sie sterben ab.

Wer Verstopfung hat, möge fleißig die Bauchmuskeln in Bewegung setzen. Das ist besser wie jede Medizin. Wer kalte Füße hat, mache Fußwäppler. So kann sich jeder in dem Turnen ein gewissermaßen eine bläuge Lebensversicherungspolice kaufen.

Wie das Turnen die Gesundheit des Körpers fördert, so fördert es auch indirekt die Gesundheit der Seele. Der Mut, das Selbstvertrauen und das Selbstbewußtsein wächst und ein gesunder, kräftiger Turner wird sich stets mehr angelegen fühlen durch die Gesetze von Natur und der Welt und Gottesbildung, als von jenen elken Scheingebilden, welche ihrerseits die Gesundheit untergraben.

Das Turnen für das männliche Geschlecht bringt, so sehr vordringlich auch für das weibliche. Natürlich müssen Credit und Schmauch dem weiblichen Körperbau angedeutet werden.

Von Ministerialrat Dr. Müller, Dr. Schäfer, Dr. G. ... Die Kommission beantragt die Annahme des Gesetzesentwurfs in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung.

Dr. von Burgsdorff beantragt eine Resolution, in der die Regierung ersucht wird, Maßnahmen zu ergreifen, welche geeignet sind, 1. die rechtswidrige Ausübung des Arbeitsvertrages, insbesondere da, wo ein ökonomisches Interesse obwaltet, unter Strafe zu stellen; 2. der Aufforderung durch Wort oder Schrift zu rechtswidriger Ausübung des Arbeitsvertrages entgegenzutreten; 3. den Arbeitsmitteln diejenigen Schutz gutteilig werden zu lassen, auf welchen sie einen berechtigten Anspruch haben.

Berichterstatter Dr. v. Burgsdorff weist darauf hin, daß die Kommission alle Abänderungsvorschläge insbesondere deshalb abgelehnt habe, um die Vorlage nicht zu gefährden.

Fürst Bischoff

hält das Vorgehen der Regierung in dieser Frage für unzeitgemäß. Dadurch, daß der große Streik die Regierung zu einem geschickten Einlenken veranlaßt habe, sei der Ansehen erwehrt worden, als ob die Vorlage gewissermaßen der Lohn für den Streik sei. Aber es würde ein schwerer politischer Fehler sein, wenn das Herrenhaus die Vorlage ablehnte. Das Verbot des Wagners sei keine durch- aus unbedingte Forderung; in den obligatorischen Arbeitverhältnissen liege keine Gefahr. Die geheime Wahl biete das wirksamste Gegenmittel gegen den Terrorismus gewisser gewerkschaftlicher Agitatoren. Durch die Annahme der Vorlage würde die Autorität der Staatsregierung gestärkt werden, was im vitalsten öffentlichen Interesse liege. Deshalb hoffe er, Redner, daß das Haus den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses zustimmen werde.

Wopelius

betont, daß die Missetaten, welche die Ursache der Vorlage gewesen sein sollten, gar nicht bestanden hätten. Der Minister habe früher erklärt, er wolle strikte Neutralität in dem Bergarbeiterstreik bewahren. Wenn er dann, trotzdem er diese Vorlage für notwendig gehalten habe, so liege ein unüberwindlicher Widerspruch in seiner Haltung vor. Die Staatsregierung habe sich bei der Einbringung der Vorlage von irrigen Voraussetzungen leiten lassen, sie habe sich aber mit der Vorlage stark engagiert, und dabei könne er, Redner, den Kompromißbeschlüssen des Abgeordnetenhauses nicht zustimmen. Da der Ministerpräsident betont habe, das Herrenhaus habe die Aufgabe, die Autorität der Staatsregierung zu stärken, so könne er, Redner, dem Ministerpräsidenten keine Schwierigkeiten in der inneren Politik machen -- in einem Außenblick, da das ganze Land mit seiner auswärtigen Politik einverstanden sei. Redner bittet den Ministerpräsidenten um eine Erklärung, daß das Verbot weder durch Einbeziehung in die Gewerbeordnung, noch direkt Gegenstand der Reichsgesetzgebung werden solle. Der Ministerpräsident möge allen Vorlagen, die auf die Arbeiterverhältnisse Bezug haben, skeptisch gegenüberstehen. Der Handelsminister möge der Bergwerksindustrie endlich einmal Ruhe gewähren. (Lebhafte Beifälle.)

Handelsminister Müller

Der Vorwurf des Vorredners, daß wir die öffentliche Meinung nicht berührt haben über ihre irrtümliche Auffassung der Bergarbeiterverhältnisse, ist unabweisbar. Unsere ganze Aktion hat damit begonnen, daß wir den Bergbauern die Vorschriften zu machen, in kontraktualistischem Verfahren alle erhobenen Vorwürfe zu erörtern. Da aber der Bergbauverein es abgelehnt, mit den Vertretern der Gewerkschaften zu verhandeln, und da uns die Möglichkeit abgeschnitten war, uns an die Gesamtheit der Arbeiter zu wenden, so mußten wir die Vertreter der Gewerkschaften anrufen, als es sich darum handelte, die Unterbrechung auf den einzelnen Betrieben auszuführen. Das ist einer der Gründe, die mich wesentlich dazu geführt haben, eine Vertretung der Arbeiter als notwendig anzusehen. Die obligatorischen Arbeitverhältnisse, die der Kernpunkt der ganzen Vorlage sind, einzuordnen. Bei der Vorlage handelt es sich nicht um diejenigen neuen Klagen, wie vor Ausbruch des Streiks in den Gewerkschafts-Versammlungen laut geworden sind, sondern um die bereits 1880 in der Reichstagskommission anerkannten Missetaten. Ich habe mich beim Streik durchaus neutral verhalten. Obwohl das Abgeordnetenhhaus wie das Herrenhaus ursprünglich die Berechtigung des Vorgehens der Staatsregierung nicht anerkannt haben, so sind sie doch aus allgemeinen politischen Gründen dazu gekommen, diese Vorlage anzunehmen. Ebenso sind auch für das Staatsministerium allgemeine politische Gründe maßgebend gewesen. Deshalb ist auch der Vorwurf unabweisbar, daß ich das Staatsministerium irre geführt hätte. Der Vorredner warnte vor der fortgesetzten Veruntüchtigung des Bergbauers durch die Einbringung solcher Vorlagen. Aber diese ganze Verurteilung ist nichts anderes, als ein Aufschub der Kapitalkonzentration, die wir gefast haben. Wir haben immer betont, namentlich Miquel, wie notwendig in dem schweren Ringen auf dem Weltmarkt, insbesondere gegenüber Amerika, die Kapitalkonzentration sei. Wir haben uns immer dagegen gewandt, gegen die Konzentration auf gesetzgeberischem Wege vorzu-

gehen, weil wir der Überzeugung sind, daß man ein Syndikat, Kartell oder Kartellgesetz nur auf Kosten der freien Bewegung dieser notwendigen Konzentration schaffen kann. Ich habe es für den allein gangbaren Weg gehalten, den Verbänden durch Reaktionskräfte beizustehen zu zeigen, daß die Regierung die Überforderung gewisser Branchen im Allgemeinen zulassen nicht zulassen kann. Beim Streik hat der herrschende Standpunkt, den die Grubenbesitzer wesentlich infolge der Machtstellung des Syndikats einnahmen, vorgeherrscht, daß sie zur rechten Zeit umlenkten. Deshalb blieb und sein anderer Weg, als den der Landesgesetzgebung.

Wir haben von vornherein daran festgehalten, daß die Berggesetzgebung für das Reich ein noli me tangere sei und unbedingt der Landesgesetzgebung erhalten bleiben müsse. Wir haben Arbeiterverbände geschaffen, die 1889 die Unternehmer selbst zugestanden haben.

In Bezug auf den familiären Maximalarbeitsstar haben wir uns mit der Fassung des Gesetzes von 1892 begnügt. Redner bittet nicht nur aus allgemeinen politischen, sondern auch aus sachlichen Gründen den Entwurf anzunehmen.

Graf v. Helldorf: Die Autorität der Staatsregierung ist durch die Vorlage außerordentlich angegriffen. Wird dieses Engagement von uns außer acht gelassen, so wird die Autorität der Regierung geschädigt und sie gezwungen, andere Wege zu suchen, um ihre Autorität aufrecht zu erhalten. Gätten wir in Westfalen Arbeiterverbände gebildet, so wäre der Streik nicht so groß geworden. (Sehr richtig!) Die Ablehnung jeder Verhandlung durch die Arbeiterbesitzer war ein großer taktischer Fehler. (Sehr richtig!) Denn dadurch wurde die öffentliche Meinung gegen sie aufgereizt.

Daneben daß ich die Wirksamkeit der Arbeiter-Versicherung funktionsfähig beurteile, glaube ich doch, daß in ihnen eine Mahnung zum Frieden für Arbeiter und Unternehmer liegt. Gewiß besteht die Möglichkeit, daß sie sozialdemokratische Einflüsse in den Arbeiterverbänden geltend machen. Wird aber die Vorlage abgelehnt, so werden sich die gesamten Bergarbeiter zu einer Koalition zusammenschließen, deren Führung die extremsten Elemente übernehmen würden. (Sehr richtig!) Ich bin ein entschiedener Gegner des geheimen Wahlrechts auf politischem Gebiete, aber da wir das geheime Wahlrecht schon bei den Knappschaftswahlen haben, können wir es auch hier gewähren. Die christlichen Bergarbeiter sollten sich darüber klar werden, daß sie nicht unter der Parole „national und christlich“ marschieren können, wenn sie sich unter die Leitung der Sozialdemokratie begeben. (Sehr richtig!) Das sollten auch diejenigen beherzigen, die diese Bezeichnung patronisieren. (Sehr richtig!) Die öffentliche Meinung ist entschieden auf Seiten der Bergarbeiter gewesen und sie ist eine große Macht. Das darf bei der Bekämpfung der Sozialdemokratie nicht übersehen werden. (Lebhafte Beifälle.)

Professor Dr. Reinke-Kiel

Die Vorlage entspricht der Botschaft des großen Kaisers Wilhelm, der den Schutz der Schwachen wollte. Sie wird deshalb hoffentlich angenommen werden. Ihre Ablehnung würde nur Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie sein. Wir haben es hier mit preussischen Arbeitern zu tun, die wir als Mitbürger achten und die die Schlachten gegen Frankreich geschlagen haben. Vor einer Revolution brauchen wir uns nicht zu fürchten. Borussia trägt ein scharfes Schwert gegen die Übertäter an der Seite.

Graf Wirbach

Es liegt keine Desabonierung für die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses darin, wenn ein Teil meiner politischen Freunde hier für die Vorlage stimmen wird. Wir haben eine neue politische Situation, der wir Rechnung tragen müssen. In einer gewissen Presse wird das Herrenhaus als Träger reaktionärer Bestrebungen bezeichnet und unsere Gegner würden jubeln, wenn sie sagen könnten: Das Herrenhaus hat die Vorlage in Falle gebracht. Das möchte ich nicht gern auf mich nehmen. Trotzdem billige ich die Rede des Herrn von Burgsdorff bei der ersten Lesung durchaus. Ich habe mich über seine scharfe Kavallerie-Attacke gefreut und wünsche, ihn in derselben schneidigen Weise im Reichstage auftreten zu sehen. Redner kommt auf die Stellung des Fürsten Bismarck zum geheimen Wahlrecht und zum Alters- und Invalidengesetz zu sprechen. Das geheime Wahlrecht hat er nur notgedrungen in den Kauf genommen. In einer Privatunterredung hat er mir gesagt, daß ihn selbst an dem Zustandekommen des Alters- und Invalidengesetzes nicht mehr viel läge. Deshalb habe ich auch dagegen gestimmt. Wir dürfen in der sozialpolitischen Gesetzgebung nicht allzuweit gehen. Meine Stellung gegen das geheime Wahlrecht ist bekannt. Die konservative Partei hat aber niemals dazu Stellung genommen.

von Gebhardt-Debra

stellt in einer tatsächlichen Berichtigung fest: Als das Alters- und Invalidengesetz im Reichstag zur zweiten Beratung kam, nahm neben der Fortschrittspartei und dem Zentrum auch ein Teil der Konservativen unter Führung des Grafen Wirbach dagegen Stellung. Im Reichstag hat man das Gerücht verbreitet, dem Fürsten Bismarck läge nichts am Zustandekommen des Gesetzes; lediglich aus Rücksicht auf den Minister v. Bütticher trete er dafür ein. Ich ging sofort zum Fürsten Bismarck. Er war empört über das Gerücht und kam sofort mit in den Reichstag. Dort erklärte

den auch an Eltern, Geschwister und Brüder. Infolgedessen über sich nur die Pflege und den Unterhalt des Verstorbenen zu übernehmen. Die Entscheidung hierüber steht dem un- unterworfenen und in Streitfällen selbständig dem Ver- storbene.

Vorschau-Frankfurt a. M. empfiehlt alsdann die folgende Vorlage der Kommission zum Gehaltsregulativ.

Table with 2 columns: Position and Salary. Includes: Vorsitzender 2700 + 15 x 100, Kassierer 2400 + 15 x 100, etc.

Die Beamten haben das Recht auf jährlich 14 Tage Ferien. Die notwendige Vertretung ist entsprechend zu honorieren. Doch ist die Kommission der Ansicht, daß gegenseitige Vertretung nicht bevorzugt befristet wird, ebensowenig Überstunden.

In Krankheitsfällen zahlt der Verband das Gehalt auf die Dauer von 3 Monaten weiter. Dieses Regulativ tritt mit 1. Januar 1906, die vorgeschlagenen Gehaltsätze für die derzeitigen Beamten dagegen mit 1. Januar 1905 in Kraft.

Die Kommission beschäftigte sich auch mit der Pensionsfrage unserer Beamten. Sie erachtet es als eine Pflicht der Organisation, ein entsprechendes Rückgehalt vorzusehen, doch war sie manchem genügender Unterlagen nicht in der Lage, heute schon bestimmte Vorschläge zu machen. Die Kommission stellt daher den Antrag, die Generalversammlung möge beschließen: der Verbands-Vorstand wird beantragt, Material bezüglich dieser Materie zu sammeln, und dasselbe einer auf der nächsten Generalversammlung zu wählenden Kommission zur Verfügung zu stellen. Diese Kommission soll dann eine entsprechende Vorlage ausarbeiten und der Generalversammlung zur Beschlussfassung unterbreiten.

Inzwischen empfiehlt die Kommission den Anwesenden des Verbandes, der Unterstützungs-Vereinigung des Vereins Arbeiter- presse beizutreten. Der Generalversammlung empfiehlt sie, den Grundbesitz auszuwerten, daß die Beiträge zur Unterstützungs-Vereinigung vom Verband zu tragen sind.

Weilich der in den Gauen angestellten Beamten empfiehlt die Kommission: Die Generalversammlung möge den Wunsch ausdrücken, daß die Mitglieder der in den Gauen angestellten Verbandsbeamten mindestens nach dem vom Verein Arbeiterpresse festgelegten Grundbesitz zu bemessen sind.

Der Vorlesung entfaltete eine lange und lebhafteste Debatte, in welcher sowohl die Berliner und Leipziger, wie auch die Vertreter anderer Gauen gegen die gemachten Vorschläge traten, während andere warm dafür eintraten oder Abänderungsvorschläge dazu machten. Alpbrosch-Dannover tritt für einen nicht so weit gehenden Antrag Garmoner ein, mahnt aber im übrigen ebenso wie andere Gegner der Berliner und Leipziger Anschauung den Delegierten das Recht, in dieser Frage zu entscheiden.

Die Vorlage der Kommission wird in ihrer ersten Hälfte angenommen und nur das Gehalt Krads mit 46 gegen 45 Stimmen auf 2400 M. fixiert. Vorsitzender, Kassierer und Sekretär erklären, daß sie sich mit einem Maximumsalario von 4000 M. begnügen und auf die weiter bemittelten 200 M. verzichten. Die zweite Hälfte der Kommissionsvorschläge, welche sich mit der Pensionsfrage und dem Ansehen an den Verein Arbeiterpresse befaßt, wird, weil die Zeit zur Entscheidung zu kurz ist, zurückgeschoben.

Nach einem Resümee des Vorsitzenden über die Verhandlungen und den üblichen Dankesworten wird die Generalversammlung nach achtstündiger, sehr anstrengender Tagung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband um 6 Uhr Abends geschlossen.

Nach neueren wissenschaftlichen Forschungen werden außer der Wasserwaage auch die Waage und die Nivellierung zum Höhenmaßstab auf ungenügender Weise zurückerführt. Bewegung ist ein außerordentlich wichtiger Faktor für die Erhaltung der Gesundheit. Alle Kräfte, die in unserem Organismus sich anbahnen, sind zunächst zurückzuführen auf die Nahrung. Im Magen beginnt der Verdauungsprozess. Dieser schließt sich die Speiseröhre an den Darm, wo sie sich vollständig verarbeitet werden. Es wäre aber falsch, zu glauben, daß der Mensch von der Verdauung allein lebt, denn wenn es nicht ist, wie man in jüngster Zeit erforscht hat, daß die ausgeführten Nährstoffe in erster Linie in den Muskelgewebe verarbeitet werden, so ist der Nutzen von der inneren Lebensweise einzusehen. Die Turnübungen sollen schon mit dem jugendlichen Alter beginnen und halte ich das Alter, wo die Kinder in die Schule eintreten, für das geeignete, wo mit den Turnübungen begonnen werden soll.

Aus aller Welt.

Ein Kampf auf Leben und Tod mit einem Einbrecher bildete den Hauptpunkt einer Anklage, die Dienstag vor dem Berliner Schwurgericht gegen den Arbeiter Karl Alexander Max Schulz verhandelt wurde. Am 2. Weihnachtsfeiertage abends hatte er dem in der S. -straße 4 wohnenden Schlächtermeister Theophil Marxiewicz einen unheimlichen Besuch ab. Er trug dabei einen mit 5 Patronen geladenen Revolver bei sich. Schulz kam an einer Gardine vorbei, hinter welcher der Schlächtermeister Joseph Wagnig (schick). Dieser war durch ein Geräusch nachgewacht. Der Angeklagte zog die Gardine zur Seite und schoß sofort zweimal mit dem Revolver auf ihn. Die erste Kugel traf Wagnig am Kopfe, die zweite drang ihm tief in die linke Schulter ein. Trotz seiner Verletzungen packte der Geselle den Einbrecher, es kam zu einem Ringen und im Hausflur gelang es ihm, den Einbrecher zu Boden zu werfen. Er hielt ihn an der Kehle fest und rief laut um Hilfe. Der Angeklagte hatte den Finger wieder an das Schloß des Revolvers bekommen und es fiel noch ein dritter Schuß. Die Hülflosen hatten mehrere Männer herbeigelaufen, von denen der eine dem Angeklagten auf das Hauptgeleitet trat und dadurch erreichte, daß dieser den Revolver losließ. Der verwundete Geselle wurde verbunden und in die königliche Klinik überführt. Am Termin am Dienstag wollte der Angeklagte die Sache so darstellen, als ob er gar nicht habe schießen wollen, der Revolver vielmehr beim Ringen mit dem Gesellen losgegangen sei. An die Generalversammlung wurden 25 Schuldfragen gestellt und zwar auf Totschlag, gefährliche Körperverletzung und schweren Diebstahl lautend. Der Gerichtshof erkannte am 15. Jahre Richterhaus, 10 Jahre Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Eine Tragödie des Glücks fand vor dem Schwurgericht in Hamburg ihren Abhalt. Die achtzehnjährige Verkäuferin Gertrud Wilhelmine Felze Schalle und der zwanzigjährige Kommis Karl Blaustein, ein gebürtiger Ungar, sind des Kindesmordes angeklagt. Das Motiv zu diesem Verbrechen bildet das soziale Elend: Entblößt von allem, begehren zwei zueinander liebende, in die Arme gemordete Menschenkinder eine Tat, die sich als das schmerzliche Verbrechen qualifiziert, das die zivilisierte Welt kennt. Die Schalle wohnte bei ihrer Großmutter, einer feinsten Frau, die Armenunterstützung bezog und mithin ihrer Tochter keine Zurechnungen zu teil werden lassen konnte. Als die Zeit der Mutterpflicht herannah, war das Lebenspaar beschuldigt. Ohne fremde Hilfe gab das Mädchen einen Knaben das Leben, und da die Großmutter den Nachwuchs nicht im Hause behalten wollte, schickte die junge Mutter ihr Kind in ein Fach ein und machte sich zwanzig Stunden nach der Entbindung auf den Weg, um es in „Pflege“ zu geben. Das Lebenspaar ließ gemeinschaftlich den Knaben in einem Sack und warfen ihn in die Wüste. Die Großmutter teilte einige Tage nach der Affäre der Vormundschaftsbehörde mit, daß die Schalle geboren habe, worauf der Sack auf dem Grund

gegangen wurde. Beide Angeklagte sind geständig und geben an, daß sie keine Substanzmittel gehabt und sich deshalb des Kindes entledigt hätten. Nach zweitägiger Verhandlung wurde die Angeklagte Schalle zu einem Jahr sechs Monaten, Blaustein hingegen zu zwei Jahren drei Monaten Gefängnis verurteilt. Das Gericht hatte einfachen Totschlag und mildernde Umstände angenommen. Vom Staatsanwalt war auf Werd verurteilt worden.

Das Ende der Welt ist wieder einmal nahe. Angeklagt wird es von der New-Yorker „Sun“, deren Gewährsmänner die Mitglieder einer im Staate Michigan sehr verbreiteten neuen Sekte, der Sekte der „heiligen Wälder“ sind. Benjamin, der Prophet der „heiligen Wälder“, hat jüngst probet, daß im Jahre 1916 eine neue Sintflut alles verschlingen wird. Um sich aus dieser Sintflut zu retten, sollen jetzt die „Wälder“ auf seinen Rat auf einer Schiffswert eine Niesearche bauen. Ob sie wohl, wenn die große Flut hereinbricht, gleich Noah sorgsam ausgewählte Tieren von allen lebenden Arten in ihre Arche hineinbringen werden? Einige unangenehme Arten wie Tiger, Panther, Ratten, Wagnen könnte man vielleicht opfern, obwohl einige Leute behaupten, daß auf dieser Welt nichts Unnütziges existiert.

Eine Parke mit dreißig Schulkindern krachte auf dem Comer See.

Alle dreißig sind ertrunken. Ueber das Schiffsunfall bei Kopenhagen, dem 22. junge Menschenleben zum Opfer fielen, wird noch berichtet, daß auch die Frau des Kapitäns, Oberleutnants S. S. Matthe Brun an Bord war, aber gerettet worden ist. Sie schloß im Augenblick des Zusammenstoßes, vermochte sich aber aus eigener Kraft zu retten. Wenige Sekunden nach dem Zusammenstoß stand sie auf Deck, kletterte in einen Mast hinauf und sprang entschlossen von diesem auf das Deck des Engländers hinüber, ohne irgendwelchen Schaden an zu nehmen. Der Kapitän und die Offiziere retteten sich erst im letzten Augenblick. Leutnant Brun ist voll des Lobes für seine junge Befehls. Alle Jungen gehorchten den Befehlen wie fer- Kapitäns, Offiziere wie Unteroffiziere gehören der dänischen Kriegsflotte an; die Jungen werden in aller Linie nach ihrer Ausbildung an die dänische Kriegsflotte abgegeben. Seelunbe verließ es nicht, wie in der hellen Mittsommernacht der Dampfer den Segler anzuweisen konnte! Die Verlinde wären weit größer gewesen, wenn nicht ein Schiffsmast über den Mastenriegel herabgefallen gebrochen wäre, an den sich die durch den Sturz des untergehenden Schiffes herabgekommenen auf dem Kommando. Viele wurden ins Segelnetz verwickelt und kamen nicht mehr an die Oberfläche. Die Redakten weigerten sich, die Rettungsboote zu beschreiben, bevor der verwundete Unterleutnant nicht geborgen wäre. Die Befehls der „Ancona“ sou bei der Rettung nicht voll ihrer Schuldigkeit getan haben, im Gegensatz zu der eines vorübergehenden schwedischen Dampfers. Sämtliche Gerettete wurden neubeleidet zu ihren Eltern entlassen.

Herr v. Bütticher, er sei ermächtigt vom Kaiser, es für einen Reichstag zu erklären, wenn man diesem nachlasse, er habe kein Interesse am Bestehen des Reiches. Unmittelbar darauf erhob sich Herr v. Bütticher und bezeichnete das Reich als eine Verhöhnung, die er energisch zurückwies; er trat dann entschlossen für das Gesetz ein. Das ist die entscheidende und richtige Darstellung der Tatsachen.

Graf Virchow:

Fürst Bismarck sagte damals zu mir: „Glauben Sie doch nicht, daß mir an diesem Gesetz soviel liegt, besonders in der Form, die es bezeichnender Weise erhalten hat.“ Wenn Sie den Ton auf den letzten Satz legen, werden Sie die Anekdote des Fürsten Bismarck auch im Zusammenhang mit seinen anderen vollkommen begreifen. Die Reden des Fürsten Bismarck im Reichstag sind doch viel weiter gegangen, als ihm ums Herz war. Wenn ich noch jetzt Führer der Konservativen geblieben bin, glauben Sie, daß es möglich gewesen wäre, wenn ich auch nur ein Täfelchen vom Wege der Wahrheit und Ehre abgewichen wäre?

Staatsminister Dr. v. Bütticher:

Aus meiner zehnjährigen Tätigkeit neben Bismarck ist mir nicht eine einzige Tatsache oder Anekdote bekannt geworden, die entgegen dem Schluß zulassen, daß Bismarck die Alters- und Invalidenversicherung aufzugeben beabsichtigt hätte. Nach Annahme des Gesetzes sprach er mir seine helle Freude darüber aus. Das Mittel, Geisteskräfte, die nicht angenehm sind, dadurch zu bekämpfen, daß man den leitenden Staatsmann entgegen dem Willen seiner Mitarbeiter abweichende Absichten unterlegt, ist nicht neu. Es ist recht billig, aber recht verwerflich, denn es geht notwendig den leitenden Staatsmann der Doppeltungeltätigkeit oder der Gewissenlosigkeit. (Bravo.)

Graf v. Tiele-Winckler

erklärt, daß ein Teil seiner Freunde gegen die Vorlage stimmen werde. Die Bedenken richteten sich insbesondere gegen die obligatorischen Arbeiterausweise und die geheime Wahl. Dadurch würde der Sozialdemokratie ein gefährliches Instrument in die Hand gegeben, welches sie benutzen würde für den Kampf gegen die heutige Gesellschaftsordnung.

Herr v. Durant

greift auf eine frühere Debatte des Herrenhauses über die Warenhaussteuer zurück und wird vom Präsidenten zur Sache zurückverwiesen. Herr v. Durant: Ich bin die in der Kommission ausgesprochenen Bedenken hier bekümmert, daß die Streichung aus der Arbeiterliste auch im Falle eines Streiks die Wahlfähigkeit zum Arbeiterausschuß erlöschen mache.

Prof. Schmoller-Berlin:

Ohne Zweifel wird eine erhebliche Majorität dieses Gesetz annehmen. Ich könnte also auf das Wort verzichten, wenn ich nicht das Bedürfnis hätte, gegen die maßlosen Uebertreibungen des Herrn Vogelins und seine Angriffe gegen den Minister Müller zu protestieren. Derartige Angriffe sind in der parlamentarischen Geschichte ohne jedes Beispiel.

Handelsminister Müller:

Die Wahlfähigkeit zum Arbeiterausschuß erlischt natürlich nicht infolge des Streiks, sondern nur, wenn infolge des Streiks und Kontraktbruchs ein Arbeiter aus der Vereins- und Arbeiterliste gestrichen ist.

Oberbürgermeister Schmieding-Dortmund

fürchtet, daß die Entstehungsgeschichte dieser Novelle das Ansehen der Sozialdemokratie, des Hauptfeindes unseres Staates, fördern werde.

Ministerpräsident Fürst Bülow:

Ich habe sowohl in diesem Hause wie im Abgeordnetenhaus manche, vielleicht die meisten der gegen die Vorlage entwickelten Bedenken mich zu widerlegen bemüht, deshalb will ich nicht auf einige kurze Bemerkungen beschränken. Es ist einseitig, nicht objektiv geurteilt, wenn behauptet wird, die Arbeiter wären bei dem Streik im vollsten Unrecht, die Arbeitgeber dagegen ganz im Recht gewesen. Ebenso wie ich niemals die Schuld an dem Konflikt zwischen der Arbeiter- und Arbeitgeberseite zu suchen habe, ebensowenig gebe ich zu, daß das Verhalten der Arbeitgeber bei dem Streik ganz einwandfrei gewesen ist. Ich verstehe wohl manche der gegen die Vorlage erhobenen Vorwürfe, aber die Gründe, welche die Annahme der Arbeiternovelle politisch notwendig erscheinen lassen, überwiegen doch bei weitem. Es handelt sich darum, eine von der Staatsregierung gegebene Forderung einzuführen, um das Vertrauen der Verarbeiter, und namentlich der monarchisch gesinnten Bergarbeiter, in den Schutz des Staates nicht zu erschüttern, die Autorität des Staates aufrecht zu erhalten. Es handelt sich auch darum, durch die Annahme der Vorlage die Prophezeiungen der Sozialdemokraten zu zerstreuen. Was die von Herrn Vogelins von mir gewünschte Erklärung betrifft, so habe ich sowohl in diesem Hause wie im Abgeordnetenhaus niemals einen Zweifel darüber gelassen, wie lebhaft die Staatsregierung wünscht, daß das B. G. durch die preussischen Landesgesetzgebung erhalten bleibe. Die Vorlage ist vom Abgeordnetenhaus so gestrichelt, daß die Staatsregierung noch damit einverstanden sein kann. Eine weitere Abschwächung würde das Scheitern der Vorlage bedeuten. Wenn der Landtag seinen staatsrechtlichen

monarchischen Traditionen folgend, der Staatsregierung in dieser ersten und wichtigsten Frage seine Unterstützung nicht versagt, dann wird er sich um Vaterland wohl verdient machen. (Lebhaftes Beif.)

Herr v. Bütticher spricht sich für die Vorlage aus. Oberbürgermeister Weder-Berlin: Der Zeitpunkt der Einbringung der Vorlage war nicht glücklich gewählt. Aber wenn die Vorlage abgelehnt werden würde, so würde die Folge sein, daß sämtliche Bergarbeiter zur Sozialdemokratie übergehen würden. Um der Gefahr zu begegnen, daß bei Ablehnung der Vorlage der Reichstag die Justizkommission in der Herparbeiterfrage annimmt, werden meine Freunde einstimmig für die Vorlage stimmen. (Beifall links.) Graf Virchow: Herr von Bütticher hat mir erklärt, daß sein Ausspruch „Machinationen gegen die Altersversicherung“ sich nicht auf mich beziehen sollte. Damit schließt die Generaldebatte. Die Einzeldebatten werden wir morgen bringen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 23. Juni.

Gewerkschaftskartelle in Schlesien und Posen 1904.

Wie wir der letzten Nummer des „Correspondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ entnehmen, gab es 1904 in Schlesien und Posen 24 Kartelle. Im nachstehenden geben wir eine Tabelle über die Orte und gleichzeitig die wichtigsten Zahlen wieder:

Ort	Anzahl der Gewerkschaften	Vertretene Mitglieder	Recht der Delegierten	Streiks und Aussperrungen	Anzahl der Beschäftigten	Vom Kartell angelegte Unternehmungen
Beuthen	9	661	20	1	20	100
Breslau	48	17179	71	30	964	2475
Bromberg	18	1148	24	—	—	912
Bunzlau	15	1040	?	—	—	498
Freiburg	6	480	18	—	—	273
Gleiwitz	7	160	21	2	80	63
Glogau	13	728	28	—	—	225
Görlitz	22	2524	24	1	121	1487
Görlitzberg	10	396	?	—	—	171
Hannau	8	296	18	1	13	130
Hirschberg	11	863	43	—	—	433
Jauer	5	192	12	—	—	56
Kattowitz	18	1128	44	1	187	466
Landeshut	6	220	7	—	—	318
Piegnitz	20	1580	36	8	7	515
Reuscha	5	152	10	—	—	102
Rosen	15	2017	27	8	308	1313
Ramisch	6	228	6	—	?	46
Schönau	7	279	—	2	?	47
Schweidnitz	9	420	11	1	13	167
Striegau	7	718	19	—	—	152
Waldenburg	9	6714	?	—	—	401
Weißwasser	6	500	10	—	—	184
Zabrze	5	476	18	—	—	—

Zu dieser Aufstellung, die natürlich nicht absolut richtig sein kann, ist zu bemerken, daß die Kartelle in Posen und Königsbrunn der Generalkommission keine Jahresberichte gesandt haben. In diesem Falle mag es wohl nicht von einschneidender Bedeutung sein, immerhin erschwert es aber doch die Uebersicht. Für eine Reihe von Orten wird überdies die Sache so liegen, daß die Kartelle infolge der starken Fluktuation der Arbeiterbevölkerung, von Lokalschwierigkeiten und des Druckes der Behörden und Unternehmer zu einer kraftvollen Entfaltung ihrer Tätigkeit nicht kommen können.

Was die Streiks und Aussperrungen angeht, so sind diese vielfach zu Ungunsten der Gewerkschaften ausgefallen. Die von den resp. Kartellen gewährten Unterstützungen sind meistens aufgebraucht worden. Die Einrichtungen der Kartelle — Anstaltsbüreau, Gewerkschaftshaus, Lokale, Herberge, Bibliothek, Bauarbeiter-Schutz-Kommission, Beilegung an Vorträgen etc. — sind nicht immer glänzend fundiert, soweit sie überhaupt vorhanden sind. Die Einnahmen der Kartelle sind aus der letzten Rubrik ersichtlich, wir haben die Ausgaben und Sammlungen im besonderen nicht angeführt, weil

Die Todesstrafe. In Rio de Janeiro strafte der französische Dauerflieger Baraquin bei einer Schiffsfahrt und erlitt einen Schädelbruch.

Heber einen Straßenbahnunfall wird aus Plauen i. Vogtl. gemeldet: Dienstag kam hier auf der Bahnhofstraße ein elektrischer Straßenbahnwagen infolge Versagens der Bremse ins Rollen, rannte die steile Straße abwärts und fuhr in ein Haus hinein. Dabei wurden, wie der „Vogtländische Anzeiger“ meldet, eine Person getötet und vierzehn verletzt.

Ein Diebstahl im königlichen Schloß in Berlin beschäftigte das Obertribunalgericht des Gardelors. Gelegenheit des letzten Odensfestes war der Unteroffizier Matuschel von der 6. Kompagnie des zweiten Garderegiments nach dem königlichen Schloß abkommandiert. Während er sich in der Schloßküche befand, wurden gerade goldene Bekleidungsstücke von der Küche getragen. Matuschel nahm unbemerkt ein goldenes Dessertbesteck an sich und versteckte es unter seiner Uniform. Bei einer unvermuteten Spüraktion, die auf Grund eines Verfahrens wegen Diebstahls, das gegen den Unteroffizier schwerte, stattfand, wurde die wertvolle Beute vorgefunden. Matuschel räumte den Diebstahl ein. Er wollte das Dessertbesteck lediglich zu dem Zweck gestohlen haben, um ein Andenken aus dem königlichen Schloß zu besitzen. Die Verhandlung gegen den Angeklagten mußte, da Matuschel an Tuberkulose erkrankt ist, im Garnisonlazarett stattfinden. Unteroffizier Matuschel wurde wegen des Diebstahls und der Diebstahls, die er gleichfalls eingedrückt hatte, an einer Gefängnisstrafe von vier Monaten und einem Tage Gefängnis verurteilt. Gleichzeitig wurde wegen beider Vergehen zweimal die Ehrenstrafe der Degradation und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes gegen Matuschel ausgesprochen.

Im Kallbergwerk Vogelbehd bei Göttingen wurden zwei Vergleite beim Abfließen eines Wassereindrucks getötet.

Ein furchtbarer Unfall ist über die Ebenen von Emilia und Romagnan (Italien) niedergelangen. Viele Telegraphenlinien wurden zertrübt. Große Schloßen sind gefallen und viele Häuser zerstört. In Forl und Ferrara sind zahlreiche Personen verletzt worden. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist unbekannt, der Schaden ist ungeheuer.

Der wegen Ermordung seiner drei Kinder angeklagte Mederich aus Niddorf wurde zu zehn Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die gleiche Dauer verurteilt. **Mordprozess Wuffe.** Wegen Tötung der 12jährigen Margarete Korschorek wurde Wuffe zu 6 1/2 Jahren Zuchthaus, sowie den Nebenstrafen verurteilt. Der Angeklagte erklärte sich bereit, die Strafe anzunehmen. Das Urteil in dem Mordprozess ist, da die Geschworenen die Schuldfrage betr. Tötung der 12jährigen Margarete Korschorek bejahten, ziemlich milde ausgefallen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die medizinischen Sachverständigen den Angeklagten

für schuldig hochgradig schwachsinntig erklärten. Auch aus einer Reihe von zur Verlesung gekommenen Briefen, sowie aus einzelnen Streichen des Angeklagten, die bei der Verhandlung erörtert wurden, geht eine Bestätigung der früher gemachten Reueauslagen hervor, die den Wuffe sämtlich als „schuldig beschränkt“ geschildert hatten.

Eine militärische Auffassung. Mit einem eigenartigen Falle von Gehorsamsverweigerung hatte sich am Montag das Kriegsgericht der 2. Gardedivision in Berlin zu beschäftigen. Der Substitut Richter vom 2. Garderegiment zu Fuß ist bei der Regimentskapelle Korpsführer; als solcher hat er ständig geschäftliche Unterhandlungen mit dem Kapellmeister, dem Stadthoboisten Weder, zu pflegen. Am 3. Mai war die Kapelle von 4 Uhr Nachmittags an nach einem Konzertlokal in Wilmersdorf verpflichtet. Da sie jedoch um diese Zeit auch zu einer Ehrenwache kommandiert war, so konnte der Termin nicht eingehalten werden. Als nun der Substitut den Kapellmeister auf dem Kasernenhofe traf, nahm er mit diesem Rücksprache über die fragliche Angelegenheit. Weder, der das Bescheid abgeben wollte, verbot dem Substituten schließlich das Wort. Er erwiderte jedoch in seinem Geschäftsbrief: „Nein, Herr Stadthoboist, es ist meine Pflicht, Sie darauf aufmerksam zu machen.“ Der Substitut wurde dieser Anekdote halber wegen Gehorsamsverweigerung (1) vor ein Standgericht gestellt, das jedoch keine Gehorsamsverweigerung annahm und R. freisprach. Anderer Ansicht war sonderbarer Weise das Kriegsgericht der 2. Gardedivision. Es gelangte zur Ueberzeugung, daß der Substitut das Verbot als einen Befehl in Dienstsachen und nicht als Geschäftsbesprechungen ansehen und befolgen mußte. Wenn das Gericht auch eine Privatangelegenheit sei, so stellten sich die Abmachungen trotzdem als Diensthandlungen dar. Der Angeklagte wurde wegen Gehorsamsverweigerung zu vierzehn Tagen Mittelarrest verurteilt.

Man sollte es nicht für möglich halten!

Fünfehn Jahre Zuchthaus. Das Schwurgericht in Torgau verurteilte am Montag den Arbeiter Franz Jakoby aus Eisenberg, der am 1. Dezember 1904 seine Ehefrau nach einem heftigen Auftritte im Schlafsaal erdrosselte und dann anhängte, um den Ansehen des Selbstmordes zu erwecken, unter Verlesung mildernder Umstände wegen Totschlages zu fünfzehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust.

Zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Graz verurteilte den 23jährigen Heinrich Federn aus Hamburg, der seine Quartiergebetin ermordet hatte, zum Tode durch den Strang.

Ein prägelnder Pfarrer. Da Landgericht München hat am 23. Juni den Pfarrer und Lokalpolitiker Rinker in Moosenwies wegen Ueberschreitung des Pächtersrechts zu 30 M. Geld-

es ohne weiteres klar ist, daß diese Karte in Anspruch genommen, wenn nicht aufgebraucht wurden. Die von dem Gewerkschaften an ihre Kartelle gewährten Beiträge sind ganz verschieden: von 20 Pf. bis 1 M. pro Jahr und Mitgliedsbeitrag. Braunschweig erhebt den höchsten Beitrag. Was über Organisation und Agitation durch die Kartelle zu sagen ist, werden wir in einem besonderen Artikel tun, der sich mit den deutschen Gewerkschaftskartellen beschäftigen soll.

Genosse Robert Albert hat mit dem hiesigen Tage seine Tätigkeit an der „Volkswacht“ wieder aufgenommen.

Zum Breslauer Gewerkschaftsbericht ist der Magistratsassessor Dr. jur. Grahenowitz vom Magistrat gewählt worden. Die Stelle eines hiesigen Gewerkschaftsberichts ist bekanntlich auf Beschluß der städtischen Behörden neu geschaffen worden. Herr Grahenowitz ist seit 1900 als juristischer Hilfsarbeiter in der städtischen Verwaltung tätig und seit 1902 als Magistratsassessor angestellt. Er ist andererseits vielfach tätig gewesen und ist insbesondere Mitarbeiter der „Breslauer Zeitung“ zu deren politischer Richtung er sich zählt. Bemerkenswert ist sein öffentliches Auftreten gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen.

Kunert's Eigentumsvergehen. Bei der Begründung der Höhe des Strafmaßes gegen den Genossen Kunert hat das hiesige Gericht Bezug genommen auf eine Verurteilung des Angeklagten Kunert wegen eines Eigentumsvergehens. Hierzu ist zu bemerken:

Bei der verantwortlichen Vernehmung des Angeklagten fragte der Vorsitzende: „Sie sind schon häufig von bestraft?“ Kunert: „Ja, wegen Preßvergehens.“ Vorsitzender: „Nun, in den Akten steht noch etwas anderes. Sie sind auch wegen Eigentumsvergehens verurteilt; im Jahre 1894 in Breslau wegen Unterschlagung.“

Angeklagter Kunert: „Ich halte in dem von mir redigierten Blatte „Breslauer Volkswacht“ ein amtliches Aktenstück veröffentlicht und bin darauf hin wegen Unterschlagung bestraft worden.“

Vorsitzender: „Wie Sie zu der Strafe gekommen sind, geht uns nichts an. Wir sind nicht dazu da, die Urteile anderer Gerichte nachzuprüfen.“

Die Deffentlichkeit freilich wird über diese Art „Unterschlagung“, deren juristische Konstruktion äußerst anfechtbar ist, eine andere Meinung hegen, als wenn der Verurteilte Geld oder Wertgegenstände, die ihm anvertraut worden wären, in niedriger Gewinnsucht unterschlagen hätte.

In dem Prozessbericht ist übrigens in der Aussage des Zeugen Grube-Eberfeld nicht von zwei Bronze-Uhren unter den Tagen der Bronze-Löwen die Rede, sondern von zwei Bronze-Kugeln, wie es in der weiteren Aussage auch richtig wiedergegeben ist.

Die Arbeiter in den Mineralwässern haben sich schon seit langer Zeit über schlechte Arbeitsverhältnisse. Da die Leute bisher der Organisation ferngeblieben haben, berief die Ortsverwaltung des Verbandes der Transports-, Handels- und Verkehrsarbeiter am Dienstag eine öffentliche Versammlung im Saale des Herrn Döbel ein, um den Arbeitern Gelegenheit zu geben, sich dem Verbandsamt zuwenden und ihre Forderungen zu äußern. Ein großer Teil der Arbeiter war dem Ruf gefolgt. Kollege Senf stellte zunächst allgemeine Bemerkungen über die Lebenslage der gewerkschaftlichen Bevölkerung an, die bei der immer steigenden Teuerung aller Lebensmittel und der Wohnungsnot gerade über das Maß hinaus mit der Teuerung in seiner Weise gleichen Schritt halten und jeder Pfennig erst erkämpft werden müsse. Wenn schon die organisierten Arbeiter sich bei den Kämpfen durchsetzen müßten, um bessere Löhne zu erzielen, so sei es bei Unorganisierten ganz ausgeschlossen irgend etwas von den Arbeitgebern zu erreichen. Nur vielleicht die Einzelnen, die durch Schmarotzer-Reiserei sich die Gunst des Herrs Prinzipals erworben hat, das sei eines freien Arbeiters unwürdig. Alsdann beleuchtete der Redner die Verhältnisse in den hiesigen Mineralwässer-Fabriken und verglich sie mit denen der hiesigen Fabriken. Danach stehen die hiesigen gar sehr zurück und der Mangel einer festen Transition machte sich in Breslau recht deutlich fühlbar. Hier, in der größten und ältesten Fabrik, einer Fabrik von Ruf, wo Dr. Struwe und Soltau, werden sehr niedrige Löhne gezahlt. Der Anfangslohn beträgt nicht mehr als 10 M. und steigt

Litteratur.

Illustrierte gewerbliche Materialkunde von Dr. Oskar Veneke, Professor an der höheren Handelsschule in Wilmersdorf, Berlin, 4 M., erschien soeben als 5. Band der von Bruno Engel herausgegebenen Bibliothek im Verlag von Albert Goldschmidt Berlin W., Rindfleischstraße 125. Das 578 Seiten starke Werk umfasst Materialkunde (Kunststoffe, mineralische, organische, tierische, pflanzliche Rohstoffe) und Technologie. In gebaltvoller Darstellung sind alle wesentlichen und durch zahlreiche Illustrationen erläutert werden in diesem Werke alle naturwissenschaftlichen Stoffe, die in gewerblichen Betrieben Verwendung finden, behandelt. Die Stoffe selbst werden beschrieben, ihre Gewinnung und Prüfung und die Vorgänge bei ihrer weiteren Verarbeitung. In dem Buch ist dem gewerblichen Arbeiter die Möglichkeit gegeben, sich über die verschiedenen Stoffe alle Hauptstoffe einen Überblick zu verschaffen und seine allgemeine Kenntnisse über die Verwendung der Materialien zu erweitern. Demgegenüber ist das Buch billig und empfehlenswert.

